

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Beilage.
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Sonntagen.

Die Inserations-Gebühren
 beträgt für die sechspaltige Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 für das erste Wort frei. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntabend, den 21. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Zur Entwicklung der Agrarverhältnisse in den Vereinigten Staaten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind zur Zeit das Haupt-Weizenerzeugungsland der Welt und ihre Erzeugungsbedingungen sind daher für die Bildung des Weltmarktpreises für Weizen von größter Bedeutung, wenn sie auch nicht ausschließlich für seine Höhe in Betracht kommen. Spielt doch Argentinien, dessen Weizengebiete sehr nahe seinen Ausfuhrhäfen liegen und über große klimatische Vorzüge verfügen, eine immer größere Rolle auf dem Weltmarkt, so daß z. B. im letzten Jahre Deutschland aus Argentinien noch einige hunderttausend Doppelcentner Weizen mehr einfuhrte wie aus den Vereinigten Staaten. Aber im Verhältnis zur Weizenerzeugung der letzteren ist die Argentinien noch immer gering, und jedenfalls ist die der Vereinigten Staaten noch einer ungeheuren Ausdehnung fähig. Zunächst durch Inanspruchnahme von Boden, der bisher den Pflug überhaupt nicht gekannt hatte, dann aber auch durch intensivere Bearbeitung des schon für den Ackerbau benutzten Bodens.

Das letztere ist ein Prozeß, der ohnehin in den Vereinigten Staaten in steigendem Maße vor sich geht. Die außerordentliche Referve, über welche die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht verfügen, wird durch die große und stetig wachsende Zahl ihrer Kleinbauern illustriert. Während die Zahl ihrer Landarbeiter zurückgeht, wächst die ihrer Bauern unablässig. Im Jahre 1870 waren 48,9 Proz. der landwirtschaftlich thätigen Bevölkerung der Vereinigten Staaten Lohnarbeiter, im Jahre 1880 war das Verhältnis nur noch 43,6 Proz., im Jahre 1890 aber auf 35,8 Proz. gefallen. Von 8 395 634 Personen über zehn Jahren, die in der Landwirtschaft thätig waren, waren 3 004 061 Personen Lohnarbeiter.

Dagegen war im Jahrzehnt von 1880 bis 1890 die Zahl der Güter, die von ihren Eigentümern bewirbt wurden, von 2 984 906 auf 3 269 726, die der Pachtgüter von 1 024 601 auf 1 294 913 gestiegen — eine Vermehrung um über eine halbe Million, nämlich 555 734, Bauernstellen.

Diese Entwicklung hat im abgelaufenen Jahrzehnt in noch erheblich verstärktem Maße angebauert. Bei der Zählung vom Jahre 1900 wurden insgesamt 5 786 907 Zählbogen von Pachtgütern aufgenommen, wonach, da ein gewisser Prozentsatz der Güter bei der endgültigen Feststellung als Teilgüter z. B. in Wegfall zu kommen pflegen, diese etwa 5 700 000 landwirtschaftliche Betriebe ergeben würde, eine Zunahme von über einer Million Betriebe gegen 1890.

Wemerkenswert ist, daß in den Nordoststaaten der Union das Pachtwesen stark zunimmt. Von denjenigen, die von 1890 bis 1900 aus der Lage von Lohnarbeitern in die von Bauerngüternbesitzern oder Pächtern aufrückten, kann mit Sicherheit gesagt werden, schreibt der leitende Statistiker der Landwirtschafts-Abteilung des Censusbüros der Vereinigten Staaten, Mr. L. S. Powers, „daß eine absolut und relativ größere Anzahl Sutspächter geworden sind, als in die unabhängige Lage von Sutseignern gerückt sind. Unter diesen Umständen kann mit einem hohen Grade von Gewißheit behauptet werden, daß, wenn alle Zählangaben analysiert sind, es sich herausstellen wird, daß das Verhältnis der von Pächtern bearbeiteten Güter in den nordatlantischen Staaten absolut und relativ größer ist als vor zehn oder zwanzig Jahren. 1880 war der Prozentsatz der von Pächtern bewirtschafteten Betriebe in jenen Staaten 16 Proz., 1890 war er 18,4 Proz., und wir können zuverlässig erwarten, daß er für 1900 über 20 Proz. sein wird.“

So Mr. Powers. Wenn aber im Verhältnis die Zahl der Pachtgüter stärker zunimmt, als die der Eigenbetriebe, so ist doch auch die Zunahme dieser eine sehr bedeutende. Was dagegen abnimmt, ist der Durchschnittsumfang der landwirtschaftlichen Betriebe. Er belief sich im Jahre 1890 auf 138 Acres oder etwas über 55 Hektare, und ist heute jedenfalls um etliche Acres kleiner. Daß sich die einst so angestammten Riesengroßbetriebe nicht bewährt haben, ist bekannt.

Im Jahre 1890 wurden in den Vereinigten Staaten gezählt:

Farmen von 20 Acres und darunter	415 744
20 bis 50 Acres	902 777
50 „ 100 „	1 121 485
100 „ 500 „	2 008 094
500 „ 1000 „	84 805
1000 „ und darüber	81 540
Insgesamt	4 564 641

Aus diesen Zahlen geht schon hervor, daß die Masse der amerikanischen Kleinbauernstellen durchaus nicht mit unseren deutschen Klein- und Zwerggütern zu verwechseln sind. Der Landarbeiter, der drüben ein Gut als Käufer oder in Pacht übernimmt, will sich verbessern und würde sich daher sehr energisch dafür bedanken, das Leben eines deutschen Büdners oder Kossäthen zu führen. Im Jahre 1900 wurden nicht weniger als rund acht und eine halbe Million Acres Land in Stücken von 160 Acres (= 64 Hektare) von der Bundesregierung an Ansiedler vergeben, zum Preise von 5 Schilling

der Acre oder 12 1/2 Schilling der Hektar. Das bedeutet über 53 000 neue Bauerngüter. Bei den Löhnen, welche die Landarbeiter drüben beziehen, ist es den Energischeren unter ihnen möglich, im Laufe einer gewissen Zeit genügend Mittel zu erübrigen, um selbst ein Gut übernehmen zu können. Und die Masse der Güter ist wiederum groß genug, die Anwendung von Maschinen bezahlt zu machen, für die der deutsche Zwerg- und Kleinbauer keine Verwendung hat. Zumal die Bodenertrückerung, wie sie sich im Laufe der Zeit bei uns vielfach eingemistet hat, drüben fast unbekannt ist. Das amerikanische Bauerngut ist in der übergroßen Mehrheit der Fälle ein einheitlich umgrenztes Ganze, was den Wirtschaftsbetrieb ungemein vereinfacht und damit auch relativ verbilligt.

Allerdings, die menschliche Arbeitskraft ist drüben teurer wie hier, der amerikanische Landarbeiter ist nur zu Preisen zu haben, bei denen unsere Agrarier die Haare zu Berge stehen würden. Unter 4—5 Mark Tagelohn ist ein leistungsfähiger Landarbeiter nicht zu bekommen. Aber dieser relativ hohe Preis der menschlichen Arbeitskraft ist ein Segen für die amerikanische Bodenbewirtschaftung. Dank seiner findet man bei ihr jene hochentwickelte Verwendung von Maschinen und vervollkommenen Arbeitsprozessen, die jedem europäischen Fachmann, der Amerika bereist, Verwunderung abnötigt, geht dort, auch wo der Boden längst nicht mehr jungfräulich ist, in dieselbe Menge Weizen ein viel geringeres Quantum menschlicher Arbeitskraft hinein, als in Europa bezw. Deutschland.

Trotzdem würde, weil eben die Arbeitskraft teurer ist, der amerikanische Weizen dem deutschen doch auf die Dauer ungeschädlich werden, wenn nicht in ihn auch ein viel geringerer Posten Rente einginge wie in letzteren. Die Bodenrente besteht in den Vereinigten Staaten teils überhaupt nur erst nominell, teils aber jedenfalls in sehr viel schwächerer Gestalt als in Deutschland. Nach dem Census von 1890 waren nahezu die Hälfte der Farmen in den Vereinigten Staaten, nämlich 47,32 Proz. schuldenfrei, 34,08 Proz. waren Pachtland mit meist nur niedrigen Pachtzinsen, und nur 18,60 Proz. der Farmer waren Eigentümer mit Schulden auf ihren Farmen. Die Verschuldung dieser Farmer betrug aber im Durchschnitt nur 8,31 Dollar auf den Acre, was einer Belastung von 88 1/2 R. auf den Hektar entspricht. Selbst bei einer Verzinsung mit 6 Prozent hatten die betreffenden Farmer auf die Hektare Land jährlich nur wenig über 5 Mark zu zahlen.

Es sind vornehmlich zwei Faktoren, welche den Preis für landwirtschaftlich benutzten Boden in den Vereinigten Staaten auf mäßiger Höhe, die Bodenrente niedrig halten. Der eine besteht darin, daß noch gewaltige Gebiete Landes der Erschließung offen stehen. Nicht nur sind noch über tausend Millionen Acres vermessenes Regierungsland noch unübergeben, auch ein großer Teil des in Privateigentum übergebenen Bodens, insbesondere der Weizenbesitzungen in den Weststaaten, ist noch unbeadert. Das macht die Bildung einer absoluten Bodenrente zu einem ungemein langsamen, unsicheren, in vielen Fällen sogar ganz unmöglichen Prozeß. Das zweite Hindernis des Aufkommens bezw. Aufsteigens der Rente ist der schon erwähnte hohe Preis der menschlichen Arbeitskraft, der zum Teil freilich selbst wieder darin wurzelt, daß billiger Boden ohne große Schwierigkeit zu erlangen ist. Hier findet ein gegenseitiger ursächlicher Zusammenhang, eine Wechselwirkung statt: niedrige Rente bedeutet hohe Arbeitslöhne und hohe Arbeitslöhne bedeuten niedrige Renten. Beide im Verein aber bedeuten hohe Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik.

Es ist absolut utopisch, auf ein baldiges Steigen des Weizenpreises in den Vereinigten Staaten zu rechnen. Die Weizenproduktion der Union ist noch einer gewaltigen Steigerung fähig. Und selbst wenn der Weizen der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Markt von dem noch billigeren Weizen Argentinien und ähnlich gelegener Länder völlig verdrängt würde, so bliebe doch die Weizenproduktion der letzteren ein Faktor von größter Wichtigkeit für die europäische Volkswirtschaft. Indirekt würde sie doch den Weltmarktpreis auf einen Satz halten helfen, gegenüber dem die Länder mit hoher Bodenrente viel zu teuer produzierten, um der Konkurrenz gewachsen zu sein. Schützten diese Länder sich oder richtiger ihre Rente beziehenden Klassen durch hohe Zölle, so verteuern sie um soviel ihre Produktion und werden doch auf industriellem Gebiet immer mehr von den Vereinigten Staaten bedrängt. Es war nicht zum wenigsten der niedrige Preis ihres landwirtschaftlichen Bodens und das damit verbundene unausgesetzte Wachstum ihres heimischen Marktes, was die Vereinigten Staaten die Schutzzölle ohne größeren Schaden ertragen half. Wo diese Bedingungen nicht existieren, ist, nachdem jene sich zu einem Industrieland ersten Ranges entwickelt haben, nichts widerständiger, als durch Agrarzölle die Renten und Bodenpreise künstlich auf einer Höhe halten zu wollen, die mit den Weltmarktbedingungen der Agrarproduktion in schreiendem Widerspruch geraten sind. Ganz abgesehen von der Verfüngung an den deutschen Arbeitern, welche die Agrarzölle bedeuten, bedeuten sie in fast noch höherem Maße eine Verfüngung an der deutschen Volkswirtschaft.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Dezember.

Arbeitslosigkeit und Stadtverwaltung.

Nach den Äußerungen der Magistratsmitglieder in der Donnerstags-Sitzung der Berliner Stadtvorordneten ist es ausgeschlossen, daß die Stadt Berlin etwas Wesentliches zur Vinderung der Arbeitslosigkeit thun wird. Leute, die ihr Wohlwohlen für die Arbeiter dadurch bekunden, daß sie eine amtlich anerkannte Arbeitslosigkeit von 40- bis 50 000 arbeitsfähigen Personen noch nicht sonderlich aufregend finden, von solchen Personen ist nichts zu erwarten. Es wird also beim Schneeschippen bleiben und, wenn sich die Verhältnisse zuspitzen, wird die entrichtende Armenunterstützung Platz greifen. Daß die freiwillige Mehrheit der Stadtverordneten „socialpolitischer“ sein könnte als der Magistrat, ist ebenso ausgeschlossen.

Was von Berlin gilt, gilt von den meisten andren Gemeinden. Es fragt sich nur, welche präzisen Forderungen wir zu stellen haben, wo die Stadtverwaltungen es ablehnen, in der Arbeitslosenfrage Socialpolitik größeren Stils zu treiben. Und da meinen wir, muß die Socialdemokratie unter allen Umständen darauf dringen, daß die Arbeitslosigkeit nicht zu einer Frage der städtischen Armenverwaltung werde. Und damit dieser Weg nicht beschritten werde, müssen die socialdemokratischen Kommunalvertreter mit aller Entschiedenheit fordern, daß die Stadt sofort den Gewerkschaften größere Summen zur Verfügung stellt, damit diese aus ihren Unterstützungsfonds in ausgiebigerem Maße, als es ihnen jetzt möglich ist, für ihre arbeitslos gewordenen Mitglieder sorgen können. Eine Gemeinde, die dieser Forderung nicht nachkommt, verstößt gegen ihre elementarsten Pflichten.

Gerade eine Stadt wie Berlin, die für hübsche Zwecke, für die Gitterdekorationen bei förmlichen Besuchen, leichtfertig Hunderttausende vergendet hat, die für wissenschaftliche Kongresse — was wir im übrigen nicht beanstanden wollen — große Summen hergibt, die für Vereisung werksamer patriotischer Schulfrauen bedeutende Aufwendungen macht, kann und muß auch den Arbeiterorganisationen mit der That helfen, um das Schlimmste von den Arbeitslosen in etwas fernzuhalten.

Wir erinnern auch daran, daß als in Sachsen der Koch eine größere Anzahl Mittelstandsexistenzen traf, sofort in Dresden und, irren wir nicht, auch in Leipzig, umfangreiche Kredite aus städtischen Mitteln bereit gestellt wurden, um die Folgen des Zusammenbruchs zu mildern.

Was Leuten, die immer noch etwas „auf der Bank“ hatten, bewilligt wurde, muß den beschloßenen Proletariern mit hundertfach größerem Recht zugestanden werden.

Arbeitslosigkeit ist eine von den Betroffenen unverfügbare Katastrophe wie Hochwasser und Mißernte. Und wie in diesen Fällen, so muß auch bei Arbeitslosigkeit die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln eingreifen. Als im Frühjahr ein Teil der Landwirte durch den Mißwachs der Winterfaat geschädigt wurden, da verlangten sie und erhielten sie erhebliche Staatsunterstützungen. Wir haben nichts davon gehört, daß man sie auf das Armenrecht verwiesen hätte. Die Zuweisung der Mittel geschah an die Organisationen der Landwirte!

Gerade jetzt verlangen die Besitzenden der Landwirtschaft, wegen ihres angeblichen Notstandes, Milliarden von Jollunterstützungen vom Reiche und vom Volke. Sie werden nicht auf Schneeschippen in den Städten, auch nicht auf entehrende Almosen hingewiesen. Nein, sie fordern und erhalten.

Wird man es wagen, den schuldenlosen Opfern der wirtschaftlichen Krisis, den Arbeitern, die Unterstützung zu verweigern? Die Organisationen der Arbeiter haben ein Recht, die Zuweisung von kommunalen Geldern zu verlangen und sie werden dieses Recht nachdrücklich geltend machen.

Sollbriefe.

Einem unserer Abgeordneten zueine Anzahl Briefe betreffs der Getreide- und Viehzölle zugegangen, deren teilweise Veröffentlichung sich empfiehlt.

Aus Rixdorf schreibt eine Parteigenossin:
 „Der Abg. Helm hat behauptet, daß kleine Bauern mit geringem Besitz schon Getreide verkaufen können. Ich will Ihnen nun mitteilen, wie das möglich gemacht wird. Ich bin aus Bayern und stamme von Kleinbauern ab. Oft sind die Kleinbauern arg verschuldet und um die Zinsen zu bezahlen, müssen sie fast jedes Getreideorn verkaufen; sie leben dann nur von Kartoffeln. Anders macht der kleine Müller das Getreide nicht gut genug, diese verkaufen es und kaufen sich das schöne Dampf-mühleneßel. Der dritte hat Schulden beim Händler, die er durch die Obsternste bezahlen wollte, nun ist aber wie dieses Jahr das Obst mißraten und er muß jetzt das letzte Getreideorn verkaufen. Ist im Frühjahr die Ansaat vorüber, dann ist bei dem Kleinbauern kein Korn mehr zu finden, dann muß er selbst für hohen Preis Getreide kaufen oder beim Bäcker Brot borgen. Von den Kleinbauern geht es denen im Fichtelgebirge am schlechtesten. Dort wächst nichts als ein bißchen schlechter Daser und Roggen, sowie Kartoffeln; ihre tägliche Nahrung ist Franzosenbrot; geriebene Kartoffeln werden mit kochendem Wasser gebrüht und Salz daran gethan, das wächst gegessen. Was kann all diesen Kleinbauern der Zoll nützen? Sie haben nicht Vorteil, sondern Schaden davon.“

Aus Straßund schreibt ein gewesener Landmann: „Ich bin von Jugend auf Landwirt gewesen. Bei der Greißwald-Grümmener Reichstagswahl wurde von konservativer Seite behauptet, daß ein Besitzer von 8 Magdeburger Morgen Vorteil vom Getreidezoll habe. Das soll ein Professor angerechnet haben. Wer das behauptet, ist nicht zurechnungsfähig. Wirtschaften von 20—30 Morgen (5 bis 7 1/2 Hektar) haben noch keinen Gewinn vom Zoll.“

Wie sieht es überhaupt mit dem Zoll? Würde heute der Centner Weizen mit 15 M. und der Centner Roggen mit 10 M. festgelegt, so hat der Besitzer einer Wirtschaft mehr Vorteil, aber der Pächter oder der Käufer muß für die Wirtschaft mehr zahlen und die Not der Landwirtschaft geht von neuem an.

Hat ein Gutbesitzer oder Bauer das nötige Vermögen, dann haben sie keine Not. Aber hier ist's so, daß man den Bauer nicht mehr vom Udeinam unterscheiden kann, fast alle gehen über ihre Verhältnisse hinaus. Kaufe ich oder pachte ich zu teuer, warum soll derjenige darben, der sein Brot kaufen und unter Umständen mit seinen Kindern hungern muß? Auch mit der Leinwand ist's eine eigne Sache. Die meisten Herrschaften wissen die Diensthöfen nicht zu behandeln. Was eine gute Herrschaft ist, die hat keine Leinwand.

Aus Krailsheim in Württemberg schreibt ein Kaufmann: Er besitzt 1/2 Hektar Garten, Acker und Wiesenland, er könnte nicht klagen; er habe schon manche Tausend Mark aus seinem Besitz herausgezogen. Seine Angehörigen seien meist Großgrundbesitzer, aber seiner Bitte Not, alle befänden sich in guten Verhältnissen; eine Erhöhung der Getreide- und Viehzölle sei überflüssig.

Aus der Braunschweiger Gegend schreibt ein Landwirt gegen den Weiszoll:

Die Weiszollerhöhung sei ein Verbrechen. Schon jetzt sei der Weiz teuer geworden noch unter dem alten Zoll. Die kleinen Leute, die Vieh hielten, könnten den Weiz nicht entbehren. Auch sei die Erhöhung der Viehzölle nicht gerechtfertigt. Schweine kosteten per 100 Pfund Lebendgewicht 50—52 M., 1900: 42—45 M., 1899 nur 36—41 M. Die Preise seien also immer höhere geworden und gewarnter dem Landmann auskömmlichen Verdienst. Auch die Landarbeiter bekamen es trotz des hohen Zolls nicht besser. Wie die große Mehrheit der Landwirte ihre Arbeiter behandelten, davon mache sich der Städter keinen Begriff.

Ein alter Müllerergesse aus der Gegend von Frankfurt a. M. schreibt: Die Agrarier behaupten, sie wollen mit Hilfe des höheren Zolles den Getreidebedarf ins Ausland ziehen, sie vergessen, daß das dem Müller und dem Bäcker nichts hilft. Wir bedürfen z. B. des ausländischen Weizens zur Mischung weil der deutsche Weizen einen zu geringen Abergelhalt hat und der Müller aus demselben kein gutes kräftiges Mehl herstellen kann. Ausländischer Weizen löst sich zu allen Mehlspeisen gut verwenden, der deutsche nicht. Fragt man: warum man früher mit deutschem Weizen auskommen sei, so ist die Ursache, daß man früher den sogenannten Kronen- oder Notweizen in Deutschland baute. Diese Sorte Weizen ist aber heute so gut wie verschwunden und wird an seiner Stelle der glatte oder englische Weizen gebaut, der ertragreicher ist und deshalb dem Landmann mehr Geld einbringt. Man hat versucht, den fremden (amerikanischen) Weizen in Deutschland zu bauen, aber sobald der Winter etwas strengere ist, erfriert er, auch artet er in zwei bis drei Jahren auf deutschem Boden aus.

Aus der Gegend von Dürkhardisdorf in Sachsen schreibt ein ehemaliger Landwirt:

Nach habe 35 Jahre ein Grundstück von 3/4 Hektar bewirtschaftet, kann aber nur bestätigen, daß wenn die Viehzucht rentabel sein soll, die Wirtschaft ihren Körnerertrag verbraucht, ja noch zukaufen muß. Selbst Wirtschaften mit 20 bis 25 Hektar verbrauchen ihren Körnerertrag, wenn sie Viehzucht betreiben.

Ich sprach kürzlich mit einem Besitzer, der 25 Hektar besitzt und Milchverkauf hat, auch dieser erklärte, daß ihm der Getreidezoll nichts nütze, in unglücklichen Jahren sogar schade, da er alldam Futtermittel zukaufen müsse.

Die Futtermittelpreise gehen jetzt schon nicht parallel mit den Getreidepreisen, bei der großen Nachfrage nach Futtermitteln sind diese fast so teuer wie die Körner. Nun haben wir auch Gutbesitzer, die ihren Körnerertrag verkaufen und überseesische Futtermittel wie Baumwollensaatmehl und Palmkernmehl beziehen, aber sie haben große Verluste erlitten, indem die tragenden Kühe vorkalben, also die Kälber verloren gingen. Der hohe Zoll wirkt daher schädlich für solche Landwirte, die jetzt schon ihren Viehstand knapp mit Kraftfutter versorgen; sie verkaufen die Körner, weil das, wie sie glauben, ihnen mehr nütze. Der Nachteil aber, den sie von dieser Praxis haben, ist sehr groß, sie haben geringes Vieh, also schlechten Preis, und wenig Dünger. Sie sind gezwungen, chemischen Dünger zuzukaufen; sie müssen also Geld ausgeben und ihr Land wird geringer.

Wir brauchen die fremden Körner auch, weil Müller und Bäcker mit dem Mehl in unseren Körnern nicht auskommen, und unsere Körner werden immer kleiner, wenn, wie es vielfach vorkommt, auf ein und demselben Boden drei- und viermal hintereinander Getreide gebaut werden.

Man sieht, so einfach, wie unsere Agrarier die Zustände in der Landwirtschaft darstellen, sind sie nicht. Die Rebellion gegen die Getreidezölle geht weit über die Arbeiter- und städtische Bevölkerung hinaus. Also: Nieder mit dem Tarif!

Zur Charakteristik des agrarischen Klopffechtertums.

Der Leitartikel „Kleinbauern und Zölle“ in Nr. 295 des „Vorwärts“ hat die „Deutsche Tageszeitung“ schwer ausgebracht. Sie fällt in einer Notiz über den „in der Redaktionsstube des „Vorwärts“ entstandenen Papierbauern“ her, der sich anders auszuweisen erlaubt, als die Vertelchen Phantasiabauern. Jrgendwelche Gründe weiß allerdings das bündlerische Blatt nicht anzuführen; es wiederholt einfach seine Behauptung, daß selbst Bauern, die nur 2 oder 3 Hektar unter dem Pfluge haben, schon Getreide verkaufen, und fügt nur hinzu, daß 1896 ein sächsischer Bauer an die „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben habe, er habe nur 5 Hektar unter dem Pfluge und verkaufe davon doch durchschnittlich jährlich für 600 Mark Getreide.

Darauf können wir einfach erwidern, daß, wie wir in unserem Leitartikel zu Anfang selbst hervorgehoben haben, es thörichtlich fogen. Bauern giebt, die, obgleich sie nur eine Ackerfläche von fünf Hektaren haben, doch schon ansehnliche Mengen von Getreide zu verkaufen vermögen, nur wären das Ausnahmefälle, und zwar zumeist Wirtschaften ohne eigentliche Viehhaltung. Wenn also der betreffende Bauer der „Leipziger Volkszeitung“ wirklich jährlich für ungefähr 600 M. Getreide verkauft hat, würde das noch gar nichts beweisen; als Beweis könnte dieser Fall höchstens dann gelten, wenn zugleich nachgewiesen würde, daß dieser Bauer einen entsprechenden Viehbestand hat und daß er nicht bei dem Verkauf von Futtermitteln oder anderen Produkten wieder verliert, was er infolge der Zollsteigerung beim Verkauf von Getreide gewinnt. Zudem aber ist der Bauer der „Leipz. Volks-Ztg.“, wie das bündlerische Organ verschweigt, nicht Besitzer von 5 Hektaren, sondern er besitzt, ganz abgesehen vom Hofraum, der Gartenfläche usw., eine Ackerfläche von 5 Hektaren, eine Wiesenfläche von 2 Hektaren und außerdem ungefähr 1 Hektar Wald, also 8 Hektar. Daß aber 8 Hektar nutzbarer Fläche mehr sind als 4 Hektar, und daß, was für erstere möglicherweise unter besonderen Umständen zutrifft, deshalb noch nicht ohne weiteres für letztere gilt, dürften auch die sonderbaren Agrarökonomien der „Deutschen Tageszeitung“ wissen.

Charakteristisch für die famose Sachkenntnis der Redaktion des ehrfamen Blattes ist übrigens, daß sie der Meinung ist, zwölf Doppelcentner Weizenkörner ergeben auch zwölf Doppelcentner Weizenmehl. Auf unsere Berechnung, wonach

für die sechsköpfige Familie 12 Doppelcentner Korn gebraucht werden, antwortet das Blatt in holder Naivität, demnach müßte also die Familie 24 Centner Weizenmehl verzehren. Das mit seiner Sachverständigkeit renommierende Klopffechtertum weiß noch nicht mal, daß beim Vermahlen Verstaubung stattfindet und ferner Mehl und Futtermehl abfällt, also 12 Doppelcentner Weizen bestenfalls neun Doppelcentner Mehl für den Haushalt ergeben. Nebenbei bemerkt, haben wir keineswegs angenommen, daß diese 9 Doppelcentner nur in der Form von Brot genossen werden; es soll davon auch das Mehl für Klöße, Mehlsuppen, für die Zuthaten zu den verschiedenartigsten Speisen, für Kuchen und Gebäck zu Festtagen zc. zc. bestritten werden. Außerdem aber ist, wie die Fortsetzung zeigt, angenommen, daß der Haushalt so geführt wird, daß von seinen Abfällen auch noch zwei Schweine gemästet werden, so daß für deren Futterbedarf nichts gerechnet wird. Ob in solchem Fall 9 Doppelcentner Mehl für den Haushalt von sechs Personen pro Jahr zu viel ist, können wir getrost dem Urteil wirklicher Sachverständiger überlassen; nach der Reichsstatistik (vergl. „Die Deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des 19. Jahrhunderts“, S. 198) hat nach Abzug des für Viehfutter und zu gewerblichen Zwecken benutzten Getreides der Verbrauch an Brotgetreide pro Kopf der Bevölkerung 1898/99 = 201 Kilogramm betragen.

Allerdings lassen ja die Herren weder die Reichsstatistik, noch die Berechnungen wissenschaftlicher Autoritäten gelten, seien es auch bekannte Professoren der Landwirtschaft an landwirtschaftlichen Hochschulen. Für sie gilt nur, was derartige Autoritäten, wie der Bankarchivar Nahn, der Gymnasiallehrer und lyrischer Dichter Dertel oder Graf von Schwerin-Döwitz verkünden, mögen deren Berechnungen — erimert sei nur an die Graf Schwerinsche Ernte-Ausfall- und Schadenberechnung im Sommer — auch durch die Thatfachen glänzend widerlegt sein, mag ihre Sachverständigkeit auch so weit reichen, daß sie auf einen Centner Korn einen Centner Mehl rechnen.

Und fast noch feltamer, wie die Sachverständigkeit, welche das agrarische Klopffechtertum für sich beansprucht, sind seine statistischen Wägen. Der Leser wird sich erinnern, daß wir in Nr. 289 die Herren aufgefordert haben, uns die Reichsstatistik und jene private Statistik zu nennen, aus der hervorgehen soll, daß seit 1875 die Viehpreise gefallen sind. Was antwortet darauf die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“? Unsere Aufforderung, die von ihr angezogene „Reichsstatistik“ näher zu bezeichnen, läßt sie unbeantwortet, — weil die von ihr mitgeteilten Angaben einfach erfunden sind; betreffs der privaten Statistik aber sagt sie:

„Eben wegen des traurigen Zustandes dieser amtlichen Statistik hat der Bund der Landwirte bereits im Spätherbst des Jahres 1898 Erhebungen über die loco Hof erzielten Viehpreise in allen Teilen des preussischen und andrer deutscher Bundesstaaten angestellt. Die Ergebnisse dieser auf ca. 20.000 landwirthschaftlichen Grundbesitzungen beruhenden Statistik sind demnächst im Februar des Jahres 1899 der Öffentlichkeit übergeben worden. Auf diese selbe Statistik stützen sich die in unserem früheren Artikel gemachten Angaben über Vieh- und Schweinepreise von 1875—1898.“

Also die Statistik beruht auf Notizen, die nach 25 Jahren die Gutbesitzer und Bauern aus ihren Wirtschaften und Notizbüchern herausgefischt haben, d. h. auf Eintragungen, die jeder nach seinem subjektiven Belieben vorgenommen hat, ohne daß vorher irgend welche Normen für die Abschätzung der Qualität des Viehes, für die Gewichtsfeststellung zc. festgesetzt worden sind; Eintragungen, die man nirgends kontrollieren kann, von denen man nicht weiß, wie weit sie vollständig sind oder wo die fehlenden Eintragungen abhanden gekommenen Bücher einfach nach Gutdünken ergänzt sind. Und einer solchen „Statistik“ mutet uns das Organ zu, sollten wir mehr Vertrauen schenken, als den amtlichen Notierungen! Das ist wirklich eine Unverschämtheit höchster Potenz.

Deutsches Reich.

Agrarische Obstruktion. Die Mitteilung, daß eine Börse-Regel-Novelle dem Bundesrat unterbreitet sei und bald dem Reichstag zugehen solle, erregt den ganzen Jörn der Deutschen Tageszeitung. Das Agrarierblatt vermischt nicht mit Unrecht, daß die Regierung „mit der Einbringung des Antrages gewissen Herren ein Pfälsterchen auf die Bunde legen wolle, die ihnen durch den Zolltarif geschlagen worden ist“. Die „Deutsche Tageszeitung“ kündigt nun ihre Haltung zu diesem ihr verhassten Entwurf also an:

„Wie wir uns zur Sache verhalten werden, haben wir schon früher angedeutet. Sobald der Gesetzentwurf dem Reichstag zugegangen sein wird, werden wir Anträge vorbereiten, durch die eine gründliche Reform des Börsegesetzes in unserem Sinne herbeigeführt wird. Selbstverständlich wird die Beratung einer so wichtigen und weitreichenden Frage nicht in dieser eheuehin so beliebigen Toga die Angelegenheit erledigen könne, ist vorläufig nicht zu denken.“

Die Pläne der „Deutschen Tageszeitung“ sind durchaus berechtigt und wir versprechen ihr — mag nun das Börsegesetz vor oder nach der 2. Lesung des Zolltarifs zur Beratung gelangen —, ihr gutes Recht eifrig zu unterstützen. Eine gründliche Behandlung der so wichtigen und weitreichenden Frage der Börsegesetz-Reform wird eine vortreffliche Vorbereitung für die gründliche Behandlung der so wichtigen und weitreichenden Frage des Zolltarifs sein.

Der Zollwucher. In einer Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland erklärte der Reichstags-Abgeordnete Frizen, einflussreiches Mitglied des Centrums, daß Zölle von 7 1/2 M. auf Getreide, wie sie der Bund der Landwirte und die Bauernvereine verlangten, nicht bewilligt werden würden, da die Regierung sie nicht acceptieren werde; andererseits sei eine große und einschneidende Mehrheit für einen Zollwucher nach der Regierungsvorlage oder etwas darüber hinaus vorhanden.“

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird von neuem auch ein Kartoffelzoll verlangt.

Die Not.

In einer Arbeitslosen-Versammlung der Bauernbranche in Götting teilte der Redner auch folgende Episode mit: „Die Not des Volkes führen die Junker a la Arnim auf das „Saufen“ des Volkes zurück. Keunliche Fälle wie der Kölner Passieren auch hier. Am Montag früh weinte in der hiesigen Hohen Schule, Klasse 3b, ein Kind, weil es seit Sonntag früh nichts gegessen hatte, seiner Ansfage nach. Der Lehrer kaufte dem Kinde für sein Geld Milch und eine Schmitte!“

Kolleidende Landwirte.

Aus Vergedorf wird dem „Hamb. Echo“ berichtet: Vor kurzen fand im Lokal des Herrn Ewers, Vergedorfer Schlee, eine Bauernhochzeit statt, zu welcher nicht weniger als 224 Personen eingeladen waren, für deren Bewirtung dem Lokalinhaber allein über 2000 M. ausbezahlt wurden. Berechnet man ferner, daß zu dieser Summe noch bedeutende Nebenausgaben hinzukommen, dann kommt ein ganz

nettes Sämmchen herant, welches von dem Kolleidenden* zu dieser „Hochzeit“ Freier veranlagt worden ist. Zugleich wird behauptet, daß die Landwirtschaft ohne Einführung des Buhertarifs nicht existieren kann.

In der „Oppressischen Zeitung“, dem Blatt für Protowucher in Königsberg, findet sich die Schilderung der Einweihung eines Konzertsales, den sich ein weitläufiger Gutsherr auf seinem Schlosse erbaut hat. Der Verfasser schildert, wie am letzten Sonntag nach der Bachparade die Militärkapelle in Eile nach dem Bahnhof fuhr, um zum Ort der Einweihung zu gelangen. Es fährt fort:

Nach Groß-Lindenau ging die Kapelle, wo am Bahnhof eine große Anzahl von Schützen und Wagen warteten. Die kleine Station mag wohl niemals zuvor solch große Fülle der Gefächte gesehen haben. Denn nicht nur die mobilisierte Militärkapelle — es waren die Pioniere unter Leitung ihres wackeren Dirigenten Stüber —, sondern auch eine ganze Anzahl der distinguiertesten Civilpersonen, Damen und Herren der Königsberger Gesellschaft freuden mit dem Mittagszuge ein. Die Kapelle führte all die freuden Gäste dem nahen Schlosse Kapellein zu, allwo ein merkwürdiges Gesehnis bevorstand: Kapellein hat seit Sonntag ein Ziel erreicht, dem die Musikfreunde unserer Stadt seit Jahren zustreben und entgegenzusehen, es besitzt jetzt einen Konzertsaal mit einer prächtigen großen Konzertsäle, und diesem Saale die künstlerische Weihe zu geben, hatten der Schloßherr, Rittergutsbesitzer Penibach, und seine liebreizende Gattin ihre „Musikgewogenen“ Freunde zu sich entboten.

Der hohe städtische Saal, dessen Einweihung es galt, nicht ungefähr 20 Meter in der Länge und 11 Meter in der Breite und bietet etwa 300 Personen Platz. Beherrscht wird der Raum von der schönen, in gotischem Stil ausgestatteten Orgel, die 23 klingende Stimmen, Kolischweller und alle Erzeugnisse der modernsten Orgelbaukunst besitzt. Sehr geschmackvoll ist die dekorative Ausschmückung des von Herrn Baumeister Richard Volten errichteten Saales; blaßgrün und rosa sind die Tönungen der Wandflächen, wodurch der Raum eine warme, freundliche und doch feierliche Stimmung erhält. Die Formen der Thür- und Fenster, die in einen mächtigen Wintergarten gehen, lehnen sich stilistisch in die gleiche Weise an die Gotik des Orgelprospektes an, ebenso ist die ornamentale Malerei der Wände ohne Strenge gehalten. Die innere Langwand des Saales ist in ihren Feldern zur Unterbringung einer städtischen Regehörungs-Sammlung verwendet, deren Anordnung so geschmackvoll ist, daß sie ohne jede Aufdringlichkeit wie ein ornamentales Motiv wirkt. Die der Orgel gegenüber befindliche Rückwand, die den Zugang zum Saale von den Wohnungen her enthält, ist mit einer großen Darstellung der Wartburg geschmückt.

Die Weihe des Saales wurde durch ein Orchesterkonzert vollzogen, zu dessen Ausführung ein Teil der Musiker aus der Stüberischen Kapelle mit dem Orchester des Königsberger Konfervatoriums kombiniert waren.

Und weiter ist in der „Oppr. Ztg.“ zu lesen: „Nach dem Konzert konnte man die vielseitige Verwendbarkeit des schönen, akustisch sehr günstigen Saales noch erproben. Sowohl seine Brauchbarkeit als Speisesaal, wie als — Tanzsaal wurde auf das glänzendste erwiejen.“

Damit ist ein weiterer, unüberleglicher Beweis für die unabweisbare Notwendigkeit der Konzollerhöhung erbracht! —

Der Bürgermeister gegen das Koalitionsrecht.

Auf einen neuen Trick der Lauenbelämpfung ist — ob mit oder ohne höhere Inspiration, bleibe dahingestellt — der Herr Bürgermeister von Apentade verfallen. Er hat an alle Büralen der dortigen Gewerkschaften folgendes Schreiben geschickt:

Nach dem Vereinsgesetz vom 11. März 1850 sind alle Preußen berechtigt, sich zu versammeln und sich zu Vereinen zusammenzuschließen. Ein gleiches Recht steht den Ausländern nicht zu.

Sie werden deshalb aufgefordert, die in Ihrem Verband als Mitglieder etwa vorhandenen Ausländer von der Mitgliedschaft auszuschließen und innerhalb acht Tagen neben der vorchriftsmäßigen Anzeige hinsichtlich der ausgeschlossenen Mitglieder in Gemäßheit des Schlußsatzes des § 21 des Vereinsgesetzes Auskunft darüber zu erteilen, ob dann Ausländer im Verband als Mitglieder vorhanden sind. Niemand.

Der neue Trick wäre, wenn er gefällig zulässig wäre, in der That eine hübsche Waffe gegen die dänischen Arbeiter sowohl, wie gegen die Gewerkschaftsbeamten des norddeutschen Grenzbezirks, zu deren Mitgliedschaft die dänischen Arbeiter ebenfalls einen nicht unerheblichen Prozentsatz stellen. Leider nur hat den Herrn Bürgermeister im Eifer des heiligen Doppelkampfes gegen den äußeren und inneren Feind die Geistesgegenwart im Stiche gelassen, worüber ihn unser kleiner Bruderorgan eingehend belehrt.

Im Vereinsgesetz befindet sich nirgends die Bestimmung, daß nur Preußen das Recht hätten, öffentliche Versammlungen zu besuchen oder Vereinen anzugehören.

Die Artikel 29 und 30 der Verfassung — sofern der Herr Bürgermeister das Vereinsgesetz mit der Verfassung verwechselt haben sollte — sprechen allerdings davon, daß „die Preußen“ das Recht besitzen, sich in geschlossenen Räumen zu versammeln und in Gesellschaften, die den Staatsgesetzen nicht zuwider laufen, zu vereinigen. Nirgends ist aber in der Verfassung davon die Rede, daß Ausländern dies Recht nicht zustehe, vielmehr ist bezüglich der Einzelheiten auf das Gesetz, eben das Vereinsgesetz, hingewiesen. Bis jetzt ist es dem auch keiner der durch scharfzüngige Gesetzesdeklarationen sich auszeichnenden behördlichen oder richterlichen Instanz eingefallen, dies gute Recht der Ausländer anzuzweifeln. Dem Herrn Bürgermeister von Apentade bleibt der freilich noch strittige Ruhm des Bahndrehers.

Aber die Verfügung des Herrn Bürgermeisters ist noch aus einem andren Grunde geschweidrig. Selbst wenn das preussische Vereinsgesetz den Ausländern das Recht, Vereinen anzugehören, streift, so würde dies Hindernis durch den § 152 der Reichsgewerbe-Ordnung hinweggeräumt werden, der alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen zc. wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erhaltung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen aufhebt!

Unser kleiner Bruderorgan fordert deshalb die Gewerkschaften in Apentade auf, das bürgermeisterliche Schreiben einfach zu ignorieren. Die Rechtsbelehrung des Blattes wird jedenfalls genügen, den Herrn Bürgermeister davon zu überzeugen, daß das Provozieren einer richterlichen Entscheidung sein originelles Vorgehen nur verschlimmern könnte. Der Versuch des Stadtoberhauptes verdient nichtsdestoweniger beachtet zu werden. —

Die Kunst der Siegesallee.

Die Kunstrede des Kaisers setzt die Kunstkritiker der bürgerlichen Presse in eifrige Bewegung. Es giebt keinen, der sich mit ihm einverstanden erklärt. Und da einmal die Frage zu gestellt worden ist: Siegesallee oder Kunststein — so erklärt man einmütig, den Kunststein vorzuziehen.

Entzückt ist nur die katholische „Germania“, die sich auch in Anstößen als Organ der regierenden Partei fühlte. Das geistreiche Blatt denkt sofort an das ehrenwerte Ehepaar Heinze. Vielleicht wird nun Graf Wilow, der ja alles macht, demnach auch wieder das Gesetz gegen u a d l e Kunst einbringen.

Freilich mit der reikamegefeiten Siegesallee-Skulptur ist auch die „Germania“ nicht ganz einverstanden, obwohl die Gruppen doch über und über velleidet sind. Hingegen ist das Blatt, dessen Partei in der Kunst lediglich eine Konfessionsfrage steht, über die allgemeinen Ansichten Wilhelm II hoffnungsvoll begeistert:

„Erfreulich ist, daß der Kaiser die sogenannten modernen Richtungen und Strömungen in der Kunst nicht billigt, besonders erfreulich aber, daß er von der Kunst verlangt, sie solle „mit, helfen, erzieherisch auf das Volk einzuwirken“, sie solle „auch den unteren Ständen nach harter Mühe und Arbeit die Möglichkeit geben, sich an den Idealen wieder aufzurichten“. Diese Worte des Kaisers enthalten eine ernste Mahnung an die ganze deutsche Kunst und auch an alle Kreise, die berufen sind, mitzuhelfen, daß die Kunst erzieherisch auf das Volk einwirke, aber auch zu verhindern, daß die Kunst in den „Kleinsteu“ der stillosen Gemeinheit niedersteige. Die Erinnerung an die „lex Heinze“ drängt sich hier unwillkürlich auf, und die weitere Diskussion über diese Kaiserred“ wird wohl noch hinreichende Gelegenheit bieten, diese Gedanken weiter zu erörtern.“

Also wird wohl demnächst wieder das Wasserleit mit den nackten Brüsten umgehen!

Kur noch die Brunn und Wächter von der „**Staatsbürger-Zeitung**“, deren Kunstideal die antisemitischen Bilderbogen und die Ritualmord-Ansichtskarten sind, schließen sich der „**Germania**“ an, während selbst der pastorale „**Reichsbote**“ sich ein paar Einwendungen gestattet:

„Neben die künstlerische Bedeutung der 32 in ihrer Anordnung völlig gleichartigen Bildnissen und den spezifischen Kunstwert der einzelnen Bildtafeln sind die Ansichten verschieden; einige derselben, wie Otto der Große und der Große Kurfürst haben wirklich künstlerische Bedeutung, bei anderen tritt der Kunstwert manchmal erheblich in den Hintergrund. . . . Die neuere Richtung der Malerei hatte aber auch ihre große Berechtigung bei der Erkämpfung in traditionellen Rahmen der damaligen Kunst; sie gerade wollte das wieder thun, was der Kaiser von der rechten Kunst fordert: aus dem Born der Natur schöpfen, sich an ihr wahrhaft begeistern. . . . Der Vorwurf, die Kunst zur Marktware zu machen, trifft die neueren Künstler nicht, wenigstens nicht mehr als andre. Vieles ist im Gegenteil gerade der Kunst, daß man diese Marktagung, welche die Kunstausstellungen nur als Kunstmärkte betrachtete, bekämpfte, der Anlaß zur Trennung oder Secessio gewesen, der dann die aufwärtstrebenden Künstler sich zumordneten. Uebrigens sind natürlich die Maler mit ihrer Existenz von dem Verkauf ihrer Bilder abhängig, und wenn man . . . steht. . . wie namentlich der preussische Staat seit Jahren so gut wie gar nichts gekauft und die neuere Richtung gerade zu hochnotberath hat, so darf man es den Malern nicht allzu sehr verargen, wenn sie mit ihren Bildern hervortreten, damit sie gesehen werden; sie müssen zum Publikum kommen, weil das Publikum nicht zu ihnen kommt. Das gilt aber von allen Richtungen gleichermaßen. Ein Künstler, der heute wartet, bis man ihn aufsucht, kann auf keinem Atelier verdingern.“

Die fremde byzantinische, will sagen freisinnige „**Volksliche Zeitung**“ spricht ihre tiefe Ueberzeugung aus, daß die „künstlerische Thronrede“ „zweifelslos“ in einem großen geschichtlichen Moment gehalten sei, auch meint sie — eine liberale Stillprobe —:

„Viele Millionen, die im deutschen Kaiserthron das rogende Zeichen und den lebendigen Ausdruck der schwererwordenen nationalen Einheit erblicken, werden mit Stolz und Genugthuung den Worten lauschen, in denen der höchstgestellte Vertreter geringster Macht den entscheidenden Kulturwert der Kunst, ihren beglückenden und bereichernden Einfluß auf das Leben des ganzen Volkes rückhaltlos anerkannt und der deutschen Nation kraft ihres Willens und Könnens, kraft ihrer Schöpfungen und ihres gegenwärtigen Schaffens den Beruf zuspricht, an erster Stelle die großen Ideen zu hüten und die Ideale als große Güter dauernd zu erhalten. In diesem nationalen Selbstbewußtsein liegt eine anregende Kraft von grenzenloser Bedeutung, und erhebend ist es, den deutschen Kaiser als Sprecher dieses Bewußtseins vor aller Welt zu vernehmen.“

Nach solchem Notum aber redt sich der Namensmüt vor Königs- thronen und das honette Blatt erklärt:

„In der Erwähnung des künstlerischen Selbstgefühls und der nationalen Genugthuung über die schaffenden Kräfte des Volkes waren es große königliche Worte, die lange nachhollen werden; in der Vorherrschaft der Richtung, in der sich die Kunst sorten aus schließlich bewegen soll, waren es keine letzten Worte und konnten es keine letzten sein.“

„Inheimlich tapfer!“

Im „**Verliner Tageblatt**“ schreibt Fritz Stahl:

„Ganz abgesehen davon, wie die Kunst ist, die der Kaiser will, es ist eine Verarmung des Volkes, wenn es nur eine Kunst giebt. Es kommt hinzu, daß gerade gegen die Kunst, die der Kaiser will, fast alle Kunstmenschen, auch zum großen Teil die Künstler, die der Kaiser beschäftigt, einig sind.“

Kann man über die Sieges-Aller als patriotisch-erzieherisches Unternehmen urteilen, wie man will. Aber mit wenigen Ausnahmen sind die Gruppen doch nicht „schön“ im Sinne alter Kunst und nicht einmal gut. Und ihre Ueberheber haben, immer wieder mit wenigen Ausnahmen, von der ewigen Natur nichts andres vor Augen und im Sinn gehabt als ein in falsche Tracht gekleidetes posierendes Berufsmodell.“

Keine Kunst sei, so meint dieser Kritiker, mehr Fabrikarbeit und Gewerbe als diese Denkmälerkunst.

Die Künstler der Sieges-Aller haben einen Auftrag bequem ausgeführt, einige gut, einige mindestens anständig, viele aber auch in bis dahin unerbörter Flüchtigkeit; sie waren des Lohnes und anderer Ehren sicher. Die Modernen aber, wenigstens ihre Führer, haben aus Eigem Werk geschaffen, auf deren augenblicklichen Erfolg gar nicht zu rechnen war. So mancher hat gekämpft und gelitten, um sich tren zu bleiben, andre, die reich waren, haben bewußt auf alle Ehren verzichtet. Muß man sagen, welches Schaffen ethisch höher steht? Das Wort von der „Fabrikarbeit“ wird auch in dieser Hinsicht von den Thatsachen nicht bestätigt. Leider ist der Kaiser auch im Jreum über die Wirkung der Sieges-Aller. Fremde, wenn sie höflich sind, vermeiden ein Urteil, andre kritisieren sehr scharf.“

Das Urteil über die Berliner Bildhauerkunst sei infolge der Sieges-Aller-Gruppen nicht gestiegen, sondern gefallen. Gewiß seien die großen Werke der Vergangenheit durch die Zusammenarbeit eines Auftraggebers und eines Künstlers entstanden. Aber beide standen immer auf dem Boden einer großen Kunsttradition, die uns fehlt, beide hatten viel mehr Ruhe, als sie unsre Zeit ihren Kindern, auch ihren Fürken, giebt.“

Die „**Atheistisch-Weissliche Zeitung**“ urteilt: „Diese Charakterisierung der Berliner Bildhauerschule“ muß noch ruhiger Betrachtung der nunmehr fertigen Sieges-Aller mit aller Unbefangenheit zurückgewiesen werden. Schon als der Plan laut wurde, kamen die Kunstschaffenden mit ihrem unumstößlichen Gesetz der Variation und sagten auf Grund dieser Regel eine ungemein eintönige Wirkung des Doppelpalters von in sich auch wieder gleichweise angeordneten monumentalen Anlagen voraus. Die ästhetische Reihe a—b—c—d—e—f—g—h—i—j—k—l—m—n—o—p—q—r—s—t—u—v—w—x—y—z—ergiebt als Prinzip die Einförmigkeit. Sie ist künstlerisch minderwertig. Brauchbar allein ist die Reihe a—b—c—d—e—f—g—h—i—j—k—l—m—n—o—p—q—r—s—t—u—v—w—x—y—z— Sie hat ein a und verlangt nach einem z, hat einen künstlerisch-natürlichen Anfang und ein künstlerisch-natürliches Ende. Dies ästhetische Grundgesetz wurde bei der Sieges-Aller-Anordnung nicht beobachtet, und deshalb ist die Anlage als Gesamtkunstwerk verfehlt.“

Weiter heißt es:

„Unter einer ganzen Anzahl mittelmäßiger, wenn auch immerhin noch ganz annehmbare, stehen künstlerisch-gleichgültige, ja sogar direkt wertlose Arbeiten. Die unbegreifliche Figur Joachim Friedrichs von Korbitz freischwimmer mit ihrer erstarrten Einstellung und ihrer verrenkten Körperhaltung bedeutet so ungefähr das Unglaubliche, was man in Rarmor sehen kann — von den Geschwundlosen vieler Herrn ganz zu schweigen. Wirklich Geniales hat eigentlich nur Adolf Brütt in seinem Standbild Ottos des Großen und Friedrich Wilhelms II. geschaffen. . . . Die Wirkung seiner Schöpfungen ergiebt der Bild-

hauer neben seinem künstlerischen Können im wesentlichen durch seine Ehrlichkeit. Er hatte den Mut, auf jede byzantinische Verherrlichung seiner Vorbilder zu verzichten und den Wahrscheinlichkeitsdruck, den faulen Otto eben faul und den genußfreundigen „**Dicken Wilhelm**“ eben genußfreundlich darzustellen.“

Interessanter als diese gedruckten Meinungsäußerungen sind die mündlichen, in der Färbung, aber nicht in der Richtung verschiedene Urteile, die man allenthalben über die Sieges-Aller-Rede hört. Doch wir verzichten darauf, Proben von diesen Urteilen mitzutheilen, weil uns der Raum zu eng werden würde. —

Der satirische Rheinbaben. Die „**Berliner Neuesten Nachrichten**“ geben es jetzt auf, den Minister Rheinbaben gegen seine Feststellungen seiner großen Schmäher zu verteidigen. Aber so ein armer Biedt von der Centralverbandspresse darf ja niemals zugeben, daß die Socialdemokratie recht habe, und so muß er irgend etwas Sinnloses schwagen — bei Strafe der Entlassung — er muß „man so thun“ und mechanisch Worte aneinanderreihen, obwohl jedes deutlich verrät, daß der Schreiber selbst fühlt, daß nichts mehr zu retten ist.

Die automatische Verlegenheits-Entgegnung der „**Berliner Neuesten Nachrichten**“ bedarf deshalb keiner weiteren Zurückweisung. Nur ein Satz des Gefasels sei wiedergegeben. Er lautet:

„Natürlich ist auch möglich, daß in einer Periode gesteigerten Zollschnelles die Preisbewegung des Getreides rapid in die Höhe schnell. Gerade eine solche Periode hat der „Vorwärts“ zu seiner Widerlegung gewählt.“

Also die von uns „gewählte“ Periode war zugestandenemachen eine Zeit rapid steigender Getreidepreise. Nur, diese Periode, die wir „wählten“, war die Periode des Fünf-Mark-Zolles. In ihr — so wird jetzt zugegeben — sind die Getreidepreise rapid gestiegen, während die Rheinbaben, Heim und die „**V. R. A.**“ behauptet hatten, sie seien in dieser Periode gesunken. Wir können nicht mehr verlangen wie dieses Eingeständnis.

Der China-Schwirnbau.

Hauptmann a. D. Dannhauer, der als Berichterstatter des „**Volks-Anzeigers**“ die deutsche Expedition gegen China begleitete und im Befolge des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee zurückkehrte, ist vom Kaiser durch Verleihung des Roten Adlerordens vierter Klasse mit Schwertern ausgezeichnet worden. Diese Verleihung wurde Herrn Hauptmann Dannhauer in einem vom Grafen Waldersee unterzeichneten Schreiben bekannt gegeben, in dem der Generalfeldmarschall hervorhebt, daß er Herrn Dannhauer für diese Auszeichnung in Vorschlag gebracht habe, „zur Erinnerung an die China-Expedition, bei der er sich wiederholt im Gefecht befunden und durch tapferes Auftreten und angemessene Verrichterstattung hervorgethan habe.“

Der Herr Hauptmann a. D. hat sich durch den geradezu thalioffiziellen Charakter seiner Verrichterstattung den Orden auch recht verdient. Daß Waldersee an dieser Art Verrichterstattung ungetriebenes Wohlgefallen haben konnte, bedurfte nicht der brieflichen Verrichterstattung. — Siehe! empfindet es sich in künftigen Fällen, der Kriegsberichterstattung für die Presse einen halbamtlichen Charakter zu geben, von den journalistischen Anwärtern einen Gesinnungsanweisung zu verlangen, und die Berichte einer Präventivcensur zu unterwerfen. Die paar Orden, die dann mehr verteilt werden müssen, werden durch die Unterdrückung mildefarmer Indispositionen reichlich aufgewogen werden. —

Die Ernennung des Paritäts-Philosophen Prof. Müller, die auch von der „**Germania**“ als mit Bestimmtheit in Aussicht stehend bezeichnet wird, hat die „**Post**“ in Anfrugung verlegt.

„Diese Ernennung“, so schreibt das freiconservative Blatt, „würde, wenn sie sich bewahrheiten sollte, in Unverträglichkeiten und darüber hinaus nicht weniger und nicht freudiger Ansehen erregen, wie die Vererbung des Professors Spahn. Daß Herikale Philosophie keine Wissenschaft mehr ist, braucht man gar nicht weiter hervorzubehben.“

Die „**Germania**“ wirft demgegenüber die neugierige Frage auf, was die „**Post**“ wohl „von den christlich-gläubigen protestantischen Philosophen halte. Wird die „**Post**“ antworten, daß es christlich-gläubige protestantische Philosophen überhaupt nicht gäbe, oder aber, daß diese Species, soweit sie vorhanden sei, ebensovwenig die Wissenschaft repräsentiere? Das wäre zwar nur logisch, aber doch zu gefährlich für ein Blatt, das doch dem Volke die Religion erhalten wissen will! —

Major Endell, der extrem-agrarische Herr, dem von der Tögl. Rundschau“ ehrenwürdige Dinge nachgesagt worden waren, die trotz einer Verurteilung Endells an das Blatt von demselben aufrecht erhalten werden, soll den Klage weg beschritten haben. Endell ist trotz der gegen ihn gerichteten Verurteilungen wiederum in die Polener Landwirtschaftskammer gewählt worden, doch soll die Kammer aus „formalen Gründen“ angesobten worden sein. Ueber diese formalen Gründe wird der „**National-Zeitung**“ aus Posen geschrieben:

Die Enthüllungen über Verkommenisse und angelegte schwere Mißbräuche bei der Landwirtschaftskammer der Provinz Posen haben, wie wir zuverlässig erfahren, zu einem sofortigen energischen Eingreifen und erweiter Untersuchung der angegebenen Fälle geführt — und zwar seitens der Civilbehörden nicht minder, als der militärischen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen bleibt abzuwarten. Uebrigens hat eine solche Untersuchung bereits nach dem ersten, gegen die Geschäftsführung des Majors a. D. Endell erhobenen öffentlichen Antritt auf Anordnung des Oberpräsidenten von Posen sofort stattgefunden und zu energischen Maßnahmen gegen alle Beteiligten geführt. Die mit der Leitung dieser ersten Untersuchung betraut gewesenen Personen boten nach ihrer Persönlichkeit und ihrem Charakter Gewähr dafür, daß das vorliegende Material eindringlich und ernsthaft geprüft werden würde. Die neuerdings behaupteten, schwereren Fälle sind damals nicht zur Kenntnis gelangt, was sich aus den eigenartigen Verhältnissen der Landwirtschaftskammer erklären läßt. konnten deshalb auch nicht Gegenstand der amtlichen Untersuchung bilden. Jedenfalls aber kann nicht bezweifelt werden, daß diese schwere und erste Angelegenheit von Anfang an von allen beteiligten amtlichen Stellen mit dem erforderlichen Ernst und Nachdruck betrieben worden ist und weiter betrieben werden wird. —

Bestrafung einer chinesischen Räuberbande.

Die „**Verd. Allg. Ztg.**“ schreibt: Im August d. J. ist ein Deutscher Namens Fritz Jahr aus Hobbach von einer mit europäischer Feuerwaffen versehenen chinesischen Räuberbande überfallen und ermordet worden. Der Beweggrund dafür dürfte darin zu suchen sein, daß Jahr auf einer Flegelst unweit von Peking eine Art Schutzwache eingerichtet und dazu etwa ein halbes Duzend Chinesen mit Gewehren versehen und für Polizeidienste einengertzt hatte. Deshalb lauerten die Räuber der Umgegend darauf, ihn aus dem Wege zu schaffen; am 9. August ist es ihnen gelungen. Jahr abzufangen und zu erschließen. Auf Antrag des deutschen Gesandten in Peking hat die chinesische Regierung nachdrückliche Vorstellungen an die Thäter eingeleitet, die bald zu deren Ergreifung geführt haben. Die Mörder waren unter dem Namen „**Affelrauzer**“ bekannt; man konnte sich nämlich bei ihnen durch freiwillige Jablungen gegen Räuberei verschern. Fünfzehn Mitglieder dieser Bande — darunter zwei am Morde des Jahr unmittelbar beteiligte — sind zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Die Hinrichtungen fanden am 2. und 18. Oktober in Gegenwart eines Beamten der kaiserlichen Gesandtschaft am Ort der That statt; chinesische Truppen waren hierbei zugezogen, und viele Hunderte

von Einwohnern der Nachbarorte wohnten den Strafvollstreckungen bei. Das Verbrechen hat damit seine gerechte Sühne gefunden. —

Die Reichstags-Erwahl in Schaumburg-Lippe ist auf Donnerstag, den 23. Januar anberaumt worden.

Das Vogesenloch. Französischen Blättern wird aus Bern gemeldet, daß der schweizerische Bundesrat bei der deutschen Regierung Einwand erheben will gegen die Errichtung einer Festung in der Nähe von Basel. Der Bundesrat scheidet sich dabei auf den Vertrag vom 20. November 1818, auf Grund dessen Frankreich, das damals das linke Rheinufer in Besitz hatte, sich verpflichtete, die Festung von Schillingen zu schleifen und drei Meilen in der Umgegend von Basel keine Befestigungen wieder aufzurichten. Seit 1871 ist dieser Vertrag auf Deutschland übergegangen. Die Frage wird nur die sein, ob der Vertrag auch Geltung für das rechte Rheinufer hat; formell vielleicht nicht, dem Geiste des Vertrags entsprechend jedoch wohl. —

Ausland.

Die anglo-deutschen Beziehungen.

London, 16. Dezember (Gig. Ver.)

Der deutsche Zolltarif und die alldeutsche Agitation gegen England scheinen bestimmt zu sein, eine Veränderung in den anglo-deutschen Beziehungen hervorzurufen. Die Alldeutschen geben den Anlaß, die Zölle schaffen die Basis zu einer anglo-russischen Annäherung.

Die alldeutsche Agitation hat auf die öffentliche Meinung Englands einen tiefen Eindruck gemacht. Freilich nicht in dem Sinne, wie die Alldeutschen es meinen. Der alte Verdacht Englands gegen die deutsche Weltpolitik erhebt sich gegenwärtig in seiner ganzen Macht und wird zusehends zu einem politischen Faktor. Bedeutende Politiker mahnen zu einem Ueberbrennkommen mit Rußland in Bezug auf die asiatischen Konfliktgebiete. Andererseits sieht sich Rußland durch den deutschen Zolltarif gezwungen, in Großbritannien einen sicheren, festen Markt für seine Ackerbau-Produkte zu suchen. Die 32 Delegierten des russischen Agrarvereins, die gegenwärtig in London weilen, wurden letzten Sonnabend vom Lord-Major der inneren Stadt Londons mit großer Parade empfangen und bewirtet. Die Delegation hat an ihrer Spitze den russischen Ackerbau-Minister und seine Mission hat wohl keinen ausschließlich wirtschaftlichen Charakter. Die englische Presse widmet diesem Ereignis große Beachtung und läßt sich über die steigende alldeutsche Stimmung in Rußland lange Berichte erstatten. In den großen Revuen: „**Fortnightly**“ und „**National**“ wird Deutschland als der Erzfeind Englands bezeichnet. Die deutschen Flottenrüstungen seien nur gegen Großbritannien gerichtet. Die alldeutschen Ausdrücke seien nur Symptome der Feindschaft. Deutschlands Weltpolitik könne nur durch ein anglo-russisches Einverständnis gegügelt werden. Die „**Fortnightly**“ schlägt deshalb vor, England solle es Rußland gestatten, sich an Persien und Mesopotamien festzusetzen; „**Wunder Abbas**“ muß ebenso russisch werden wie „**Pori-Artkut**“. Ueberhaupt lägen keine wirtschaftlichen Gegenläge zwischen England und Rußland vor und die politischen in Asien liehen sich auf dem Wege einer aufrichtigen Politik befeitigen, während die Feindschaft Deutschlands nur mit der Vernichtung Englands aufhören würde. — Der deutsche Zolltarif, der die Existenz des russischen Ackerbaues von englischen Absatzgebieten abhängig macht, ist also ganz danach anzusetzen, eine anglo-russische Annäherung herbeizuführen und Deutschland in seiner Weltpolitik zu isolieren. —

Frankreich.

Der Achtstundentag in den französischen Bergwerken.

Obison Varrot hat seinen Bericht über die Untersuchungen der Arbeitskommission, betreffend die Regelung der Arbeitszeit in den Bergwerken, nunmehr beendet. Derselbe wird demnächst der Kammer zugehen. Die „**Petite Republique**“ ist in der Lage, Auszüge daraus zu veröffentlichen. Der Bericht wendet sich gegen den Einwand der Unternehmer, daß die Verkürzung der Arbeitszeit die Produktion vermindere. Der Verrichtersteller stellt sich ganz auf den Standpunkt der Arbeitervereine, indem er sagt, daß die Arbeiter, wenn sie sich 2 bis 3 Stunden weniger in der Grube aufhalten, aber unter besseren Arbeitsbedingungen, besonders bei besserer Luft thätig sind, doch genau so viel schaffen werden, als unter den heutigen Verhältnissen. Nachgewiesen wird dies an den Resultaten, die in den Arbeiter-Gemeinschafts-Bergwerken von Monthegz erzielt wurden. Da die Vergleiche in Accord arbeiten, werde insolge dessen auch keine Herabsetzung des Verdienstes eintreten. Der Verrichtersteller erörtert sodann auch das Recht des Staates, in die Arbeitsbedingungen der industriellen Unternehmungen einzugreifen.

Der Kommissionsvorschlag geht dahin, die Arbeitszeit in Kohlengruben im Prinzip nicht über acht Stunden auszu dehnen. Die Arbeitszeit soll gerechnet werden von der Ankunft des letzten Förderkorbes (ausfüllt mit Arbeitern) auf dem Boden des Schachtes bis zu dem Augenblick, wo die ersten Vergleute herausbesördert werden. Nachts Antrag, die Arbeitszeit von dem Moment, wo der Arbeiter die Oberfläche verläßt, bis zu dem Moment, wo er wieder aus Tageslicht kommt, zu rechnen, wurde bekanntlich abgelehnt. Im Bericht wird dieser letztere Antrag als der richtigere gehalten, denn der Arbeiter sei schon von dem Augenblick an, wo er den Betrieb betreue, nicht mehr sein freier Herr, und bei Unfall müsse er ja auch dann entschädigt werden, sofern er sich innerhalb des Betriebes befinde. Hier hat man also wohl den Unternehmern entgegenkommen wollen. Der Achtstundentag umfaßt nur Arbeiter, die unterirdisch thätig sind in Steinkohlen-, Anthracit- und Braunkohlen-Schächten.

Um die Schädigung der französischen Unternehmer seitens der ausländischen Konkurrenz zu vermeiden, müsse erstere Zeit gelassen werden, ihre Werkzeuge und Maschinen zu verbessern, neue Schächte anzulegen und sonstige Neu-Einrichtungen zu treffen. Deshalb ist vom 1. Juli 1902 ab der neunstündige, zwei Jahre später der 8 1/2 stündige und wiederum zwei Jahre später der achtstündige Arbeitstag festgesetzt. So jetzt schon geringere Arbeitszeiten eingeführt sind, dürfen diese nicht verlängert werden. Pausen, wenn sie nicht über 1/2 Stunde betragen, werden als solche nicht gezählt. Ausnahmen sind gestattet bei Eintreten der forces majeures, bei Unglücksfällen, durch den Verg-Zinspektor. Neu ist die Bestimmung, daß der Unternehmer bei eintretender oder drohender Gefahr selbst die Arbeitszeit verkürzen kann, er hat aber sofort den Ober-Berg-Zinspektor davon in Kenntnis zu setzen. Die Kontrolle wird ausgeübt durch Zinspektoren, Controleure und die Delegierten der Arbeiter. Strafen sind vorgesehn in der Höhe von 20—50 Fr., im Wiederholungsfall 100—300 Fr. —

Gegenblitz Loubets in Rußland. Dem „**Echo de Paris**“ zufolge wird ein französisches Geschwader in Dress zusammengepflegt werden, welches den Präsidenten Loubet zum Gegenbesuch beim Zaren nach Rußland begleiten wird. —

England.

Äußerung eines Cabinetmitgliedes über Rosebergs Kritik der Regierung.

In einer Rede, die Lord Balfour of Burleigh, Sekretär für Schottland, in Strirling hielt, äußerte er, nach dem „**Standard**“, sich über Lord Rosebery unter anderem wie folgt:

Dieser Edelmann sei eine Art politische aurora borealis, die schmutziges Wetter anzeige, und er werde keineswegs erlischt sein, wenn Lord Rosebergs Rede ein Anzeichen dafür wäre, daß die politische Welt, in der die liberale Partei lebe, vor schlechtem Wetter stünde. Würde die Partei Lord Rosebergs guten Ratsschlag annehmen?

Er habe seine Zweifel, Lord Rosebery habe die Regierungspolitik der letzten wenigen Jahre angegriffen. Jedes Wort, was in betreff auf unsere Politik von Lord Roseberys Lippen falle, müsse mit größter Aufmerksamkeit betrachtet werden; aber im ganzen genommen, sei das, was er gesagt habe, pharisäische Politik gewesen. Er habe sich so gestellt, als sei er der Mann, der alles besser arrangiert haben würde, wäre er nur im Amte gewesen. Der Vorwurf der Taktlosigkeit gegen die Regierung sei unbegründet, wie der Vertrag mit den Vereinigten Staaten beweise. Lord Rosebery habe auch die Mäßigkeit des Ministers für die Kolonien verurteilt. Dieser Herr sei vollständig befähigt für sich selbst zu sorgen, aber er, Lord Rosebery, müsse denn doch sagen, daß Mr. Chamberlain infolge einer zufälligen Auspielung in seiner Edinburgh Rede sehr ungerecht behandelt worden sei. Lord Rosebery habe gesagt, England sei auf dem Kontinent mißverstanden worden und deshalb sei es nötig gewesen, unser Verhalten den Höfen von Europa zu erklären. England sei für seine Handlungen den Fremden Mächten gegenüber aber durchaus nicht verantwortlich, und er erinnere an das alte Sprichwort, daß sich der anklage, der sich entschuldige.

Der Spott, mit dem Lord Balfour Roseberys Rede glossierte, ist in der That nicht so unverdient. —

Aequität über Roseberys Programm. In Wolmarandtown erklärte Aequität in einer Volksversammlung, er nehme die Politik Roseberys ohne Vorbehalt an. Bezüglich der zukünftigen Lage in Südafrika erklärte der Redner, was für Kanada möglich war, sei auch für Südafrika möglich. —

Der Boeren-Krieg.

Dr. Leyds bekräftigt die Ermordung Eingeborener.

Die „Times“ melden aus Brüssel: Dr. Leyds erklärte in einer Unterredung, Roseberys Hinweis auf Hinrichtungen von Eingeborenen durch die Boeren sei ungeheuerlich und abgeschmackt. Ferner erklärte Leyds, daß kein Friedensunterhändler gepöbelt oder getötet worden sei. Ein jeder, der als Friedensunterhändler von den englischen Befehlshabern beglaubigt gewesen sei, sei freundlich behandelt worden. Morgen, daah, der auf Befehl De Witts erschossen worden sei, sei kein Friedensunterhändler gewesen.

Der Prozeß gegen Scheepers.

Am Mittwoch begann der Prozeß gegen den Boerenkommandanten Scheepers, der unter anderem der Ermordung des Engländers Arson, der Zügelstörung und der Grausamkeit gegen Gefangene beschuldigt wird. Die Gesamtzahl der gegen Scheepers schwebenden Anklagen beläuft sich auf 30.

Neue englische Nachschübe.

Weitere 2000 Mann Heerleute sollen laut Befehl sofort einberufen und im Laufe der Monate Januar und Februar nach Südafrika geschickt werden. — Ein heute abend erlassener Armeebefehl verfügt die Aufstellung sechs weiterer Bataillone.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Inre gestrige telegraphische Meldung aus Leipzig, wonach bei der Stichwahl 2 Parteigenossen gewählt sein sollten, hat sich leider nicht bestätigt; unsere Kandidaten blieben um Hundert Stimmen hinter den Gegnern zurück. Es bleibt also bei dem einen und ersten in der Hauptwahl ertungenen Mandat.

Angst vor der Socialdemokratie. Inre Parteigenossen in Forst haben bekanntlich bei den Stadtverordnetenwahlen noch erfreuliche Erfolge erzielt. Darum hat es das Forster Fabrikantenamt mit der Angst gekleidet, und schließlich hat man das Wahlrecht etwas verschlechtert. Es ist in der Sitzung am Mittwoch ein neues Wahlstatut beschlossen worden, durch das der 1/2fache Durchschnitt eingeführt wird, d. h. es rücken erst diejenigen Wähler in die höhere Klasse, die das 1/2fache des auf einen Wähler der unteren Klasse durchschnittlich entfallenden Steuerfusses bezahlen, während bisher der einfache Durchschnitt genügte. Dadurch werden etwa 200 Wähler, die bisher in der zweiten Klasse wählten, in die dritte hinuntergedrückt und da dies Leute mit höherem Einkommen sind, hofft man, daß sie zur Schwärzung oder Verhinderung socialdemokratischer Wahlen in der dritten Klasse beitragen werden.

Mehr Geist vermag die Bourgeoisie zur Bekämpfung der Socialdemokratie nicht aufzubringen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Eine große Staatsaktion hat man offenbar mit der Beschlagnahme der Weihnachtszeitung der Buchhandlung Vorwärts vor. Auf Grund der beschlagnahmten Geschäftsbücher hat man die auswärtigen Empfänger der bereits versandten Posten ermittelt und nach allen Orten sofort telegraphische Anweisungen gegeben, die Zeitung auch dort mit Beschlagnahme zu belegen.

In Magdeburg, Braunschweig, Essen und Köln wurde die ganze Sendung noch in der Verpackung vorgefunden und mitgenommen. In Königsberg fand man noch 189 Exemplare; in Hamburg erschienen zwei Polizeibeamte in den Geschäftsräumen des „Hamburger Echo“, um sich bei dem Genossen Dubber nach dem Verbleib zweier Ballen mit Weihnachtszeitungen, die von Berlin an seine Adresse geschickt worden sind, zu erkundigen. Da Dubber nicht anwesend war, warteten die Beamten auf sein Erscheinen. Inzwischen wurde bei den Filial-Expeditionen des „Hamb. Echo“ in den verschiedenen Stadtteilen nach Exemplaren der „Weihnachts-Zeitung“ gesucht, und zwar ohne Erfolg. Da Dubber nicht in den Geschäftsräumen erschien, begaben die Polizeibeamten sich nach dessen Wohnung, wo sie ihn ebenfalls nicht antrafen. Im Laufe des Nachmittags wurde dann in Dubbers Wohnung im Hammerbrook und in den Geschäftsräumen von Kuer u. Co. in der Behlendorfstraße nach Weihnachtszeitungen, insbesondere nach den verschwendeten zwei Ballen, gesucht, ohne jeden Erfolg. In Leipzig fand die Polizei noch 39 Exemplare vor. In Zwickau erschienen Mittwoch früh 8 Uhr ein Kriminalbeamter in der Expedition unseres Parteiblattes und machte dem Expedienten in liebenswürdigster Weise die Mitteilung, daß die Weihnachts-Zeitung der Buchhandlung Vorwärts in Berlin beschlagnahmt worden sei. Der Expedient dankte ihm für die Mühe mit dem Bemerkten, daß er die Neuigkeit auch schon erfahren habe. Auch in der Expedition unseres Parteiblattes in Gotha erschien am Freitag die Polizei, um nach der Weihnachtszeitung zu suchen. Sie mußte sich aber sagen lassen, daß nach Gotha überhaupt keine solche Zeitung gekommen ist.

— Einem groben Schwindel sind die Redacteurs der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Fleißner und Nische, zum Opfer gefallen. Im August dieses Jahres sollte die Frau des Wärfenbinders Simon unter der Beschuldigung des Kindesmordes verhaftet, dabei untersucht und ihr die Leibesfrucht bei der Untersuchung zerstört worden sein. Der Ehemann hatte das mit allen Zeichen des Entsetzens auch der Redaktion vorgetragen und die Frau, die man dann aufgesucht und auf die Folgen aufmerksam gemacht, wenn etwas an der Sache nicht wahr wäre, bestätigte alles. Es stellte sich aber, leider zu spät, heraus, daß die Frau die ganze Geschichte erfunden hatte, weil sie ihren Mann nicht wissen lassen wollte, daß sie wegen Diebstahls polizeilich vernommen worden war.

Durch die Veröffentlichung der Erzählung der Frau Simon ist die Polizeidirektion in Dresden, sowie Gerichtsbeamte und Gerichtsärzte beleidigt worden. Die Verurteilung der beiden Genossen zu zusammen 2400 M. Geldstrafe haben wir gestern bereits telegraphisch gemeldet. Näheres über die Verhandlung liegt noch nicht vor.

Aus Industrie und Handel.

Agarische Unverschämtheiten. Die Zuckerindustrie, die sich einer unausgesetzten Protection der Agrarier erfreut, ist bekanntlich trotz aller Begünstigung seitens der Gesetzgebung in eine immer

ungünstigere Lage gerückt, und es zu befreien die sonderbarsten Projekte jetzt wieder im Umlauf sind. Der Zuckerkonsum will den Ausbau der Zuckerfabriken einschränken, um die Ueberproduktion zu bannen. Ein andres Mittel empfiehlt jetzt die „Deutsche Zuckerindustrie“, sie fordert, daß ein Teil des produzierten Zuckers denaturiert wird, also für die menschliche Nahrung unbrauchbar gemacht wird. Das Organ der Zuckerinteressenten begründet diese Forderung wie folgt:

„Es wundert uns, daß zur gründlichen Heilung der Krise, in welcher die Zuckerindustrie sich gegenwärtig befindet, nicht längst der Vorschlag aufgetaucht ist, daß ein internationales Kartellkonsortium den Zuckerfabriken in Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Frankreich etc. den noch in ihren Händen befindlichen Zucker zum Marktpreis abkauft, dann die Hälfte davon verwendet, zu den sich darauf naturnotwendig einstellenden Konsumpreisen die Ware absetzt und den Gewinn mit den Fabriken teilt. Die Idee findet kein technisches Hindernis, denn nichts ist leichter, als Zucker zu zerstören, man braucht nur die Lager unter Wasser zu legen; und daß das Zerstörungswerk auf den Markt sehr günstig wirken würde, liegt auf der Hand. Aber wie würde man alle Schlagworte, wie „Verlust am Rationalvermögen“, „mutwillige Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte“ etc. etc. gegen den Vorschlag loslassen, und, nebenbei gesagt, ist es ja auch noch nicht einmal ganz sicher, daß der Preis so hoch steigen würde, um nicht nur den Wert des zerstörten Zuckers zu ersetzen, sondern auch noch einen Gewinn an dem übrig bleibenden zu liefern, ganz abgesehen davon, daß die Zuckerfabriken in Oesterreich, Frankreich etc. mit denjenigen in Deutschland das gemein haben, daß sich schwerer oder drei von ihnen auf einen gemeinsamen Plan vereinigen, noch schwerer jedoch ein internationales Abkommen mit ihnen zu erzielen sein würde. Wenn man aber einen Weg gehen könnte, die Idee der Zuckerbeseitigung praktisch durchzuführen, der die angezeigten Mängel vermeidet, so würde die Lage vielleicht auch ohne radikale Maßnahmen gebessert werden. Es handelt sich ja nicht eigentlich darum, den überflüssigen Zucker aus der Welt zu schaffen, sondern nur darum, ihn dem menschlichen Genuß zu entziehen und aus dem Angebot auf dem Zuckermarkt auszuschneiden, mit anderen Worten: aus dem Zucker Viehfutter zu machen, ihn der Denaturierung zu unterwerfen; dann würde der Wert erhalten bleiben (11), die Ware noch eine vorzügliche Verwendung finden, der Zuckermarkt aber entlastet werden. Aber da nicht zu erhoffen, daß sich die Fabriken auf allgemeine Denaturierung eines Teiles ihrer Vorräte einigen werden, müßte das Gesetz eingeführt und die Maßnahmen obligatorisch machen — ähnlich wie es für die Branntweinsteuer-Gesetzgebung angeordnet wird.“

Natürlich verlangt nun weiter die „Deutsche Zuckerindustrie“, daß für den denaturierten Zucker die Ausfuhrerlaubnis von der Regierung gegahlt wird. Also auf Kosten der Konsumenten billiges Viehfutter geschaffen wird.

Man weiß nicht, ob man die eingangs empfohlene Vernichtung des Zuckers ernst nehmen soll, neu wäre der Vorschlag in dem unfruchtlichen Betriebe der kapitalistischen Welt nicht, ein Reichthum an Nahrungs- und Genussmitteln ist wiederholt schon von gewinnstüchtigen Interessenten als ein Uebel empfunden. So hat man in Griechenland die Korinten vernichtet, um die Preise nicht so tief sinken zu lassen. Das Gleiche wiederholt sich in Südamerika, wenn gute Kaffeeernten die Preisbildung zu ungünstig beeinflussen. Also warum sollen unsere Agrarier nicht zu demselben Mittel greifen? Aber bezüglich für die Gesammtheit in diesen Kreisen ist es, daß hier von einer agrarischen Interessengruppe die Vernichtung von Nahrungsmitteln verlangt wird, während Tausende in bitterer Entbehrung leben.

Aber auch die Denaturierung, die schließlich von der Gesetzgebung verlangt wird, bedeutet eine Begünstigung der Zuckerindustrie, der jede Berechtigung fehlt, sie belastet aufs neue in unerhörter Weise die Konsumenten, die heute schon infolge einer verkehrten Steuerpolitik die schwersten Lasten tragen. Schließlich ist auch die Denaturierung nichts anderes als die Vernichtung eines Nahrungsmittels und die Regierung, die hierzu die Hand bietet, würde sich zum Träger einer der unverschämtesten Anforderungen kapitalistischer Profitgier machen.

Die Robelle zum Börsengesetz. Die jetzt dem Bundesrat unterbreitet ist, soll im wesentlichen die Rechtsunsicherheit beseitigen, die durch das Verbot des Terminhandels und vor allem durch die Einschneidung des Reichsgerichts in der Frage herbeigeführt ist. Der Begriff des Börsentermingeschäfts soll enger begrenzt und schon damit die Möglichkeit zur Erhebung des Differenzinwandes beschränkt werden. In diesem Sinne wurde unter anderem für Zeitgeschäfte in Waren festgesetzt, daß diejenigen, die Waren aus eigener Herstellung auf Zeit umsetzen, in das Börsenregister nicht eingetragen zu werden brauchen. Ebenso bedürfen Genossenschaften nicht der Eintragung. Für die Ansetzung von Zahlungsanerkennnissen wird ein wesentlich kürzerer Zeitraum als die vom Vorkenausschuß beschlossene Frist von sechs Monaten normiert. Bei der Erhebung des Differenzinwandes soll die Berechnung von Gewinnen und Verlusten möglich sein. Aber auch da soll eine Grenze gesetzt werden, indem Beträge, für die ein Zahlungsanerkennnis stattgefunden hat, in die Berechnung von Gewinn und Verlust nicht einzubeziehen sind.

Fällissement. Wie die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ meldet, hat die bekannte Eisengießerei von Hermann Hempel die Zahlungen eingestellt. Der Mitinhaber Hermann Karl Hempel ist noch Hinterlassung von 140 000 Mark Beschlagnahme flüchtig geworden. Verbindlichkeiten der Firma gegenüber der Leipziger Bank sollen Schuld am Zusammenbruch sein. Die Passiven sind noch unbekannt.

Zunahme der Konturse. Nach den vorläufigen Mitteilungen des Statistischen Amtes gelangten im dritten Quartal 1901 im Deutschen Reich 237 neue Konturse zur Zahlung gegen 1765 im dritten Quartal des Vorjahres.

Die Konkurrenz des Petroleumtrusts. Dem „Journal of Commerce“ zufolge sollen englische Kapitalisten einen wesentlichen Anteil an den Petroleumfeldern von Texas erworben haben. Es besteht die Absicht, bedeutende Quantitäten Petroleum nach Rouen, Havre, Antwerpen und London zu verschiffen. Man spricht von 6 Millionen Dollar, die für die Erwerbung gezahlt worden seien.

Zum Apotheken-Bojkott.

Die Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten hielten gestern, Freitag, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ eine Versammlung ab, in der Dr. Freudenberger über die Einigungs-Verhandlungen mit den Apothekern berichtete. Den Bericht folgte eine lange Diskussion, in der von mehreren Kassenvorsetzern beantragt, daß die Kommission den Apothekern zu weitgehende Konzessionen gemacht und für die Aufrechterhaltung des Kampfes plädiert wurde. Auch von allen übrigen Rednern wurde unabweisend ausgesprochen, daß die Kommission an der äußersten Grenze ihres entgegenkommens den Apothekern gegenüber angelangt ist und ein niedrigeres Angebot unter keinen Umständen machen darf. Insbesondere soll auch dafür gesorgt werden, daß die Droguisten bei dem Friedensschluß keinen Schaden erleiden. — Ein Antrag, nur Frieden zu schließen, wenn die Apotheker im ersten Jahre 15 Proz., im zweiten Jahre 20 Proz. Rabatt bewilligen und eine Abänderung der Droguisten-Rezepte statthaben, wurde schließlich mit großer Majorität abgelehnt und dann beschlossen, daß die Kommission das von ihr bei den letzten Verhandlungen gemachte Angebot, 10 Proz. für das erste und 15 Proz. Sconto für das zweite Jahr neben den übrigen Bedingungen aufrecht erhalten soll, aber weiteren Konzessionen nicht zustimmen darf. — Vertreten waren insgesamt 70 Krankenkassen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlin und Umgegend.

Im Hinweis auf die Lohnbewegung der Barbiergehilfen begründeten die Arbeitgeber seiner Zeit die Erhöhung der Preise für

die Bedienung. Nach und nach wurden indessen die Gehilfen, die an dem Lohnstarif festhielten, entlassen. Schon während der Lohnbewegung wetteiferten die Arbeitssuchende, Kommissionäre etc. um die Billigeren Arbeitskräfte. Dummerweise läßt sich nachweisen, daß die zu dem neuen Tarif Arbeitenden entlassen und dafür billigere, von außerhalb herangezogene Kräfte eingestellt wurden. Jedoch die Preisermäßigung blieb. — Die Vertrauensleute der Barbiergehilfen haben nun in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die von dem Arbeitgeber eingeführten Malate, die belagen, daß der Inhaber dieser den Lohnstarif bewilligt hat, nicht mehr anzuerkennen. Es ist ermittelt, daß diese Malate an Gehilfen gegeben wurden, die wohl die Preisermäßigung, nicht aber die Lohnermäßigung einführten. Um der Arbeiterschaft indessen die Möglichkeit zu geben, zu wissen, wo die Forderungen der Gehilfen bewilligt sind, haben wir für diesen Monat gelbe Kontrollkarten ausgegeben. Wir erziehen die Arbeiterschaft, nach der Karte zu fragen und so die Gehilfen in ihrem Kampf für die Organisation moralisch zu unterstützen.

Die Lohnkommission der Barbier.
J. A.: Paul Vire, Aderstr. 64.

Der Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend giebt hierdurch bekannt, daß zum 1. Januar 1902 an sämtliche Mitglieder die neuen Mitgliedsbücher ausgegeben werden, und müssen die Beiträge bis Ende Dezember bezahlt sein. Die alten Bücher sind zwecks Ausstellung der neuen Bücher auf den Zahlstellen abzugeben.
Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Arbeiter-Organisation oder Redorganisation? Ein neues Gewerkschaftsorgan heranzugeben, haben die „neutralen“ Industrie-arbeiter-Vereine von Jherlohn-Ländchen beschlossen. Gleichzeitig wurde auch an Stelle des auscheidenden Arbeiterssekretärs Wärtens Müller Leipzig zum Sekretär gewählt. Die Arbeiter des Kreises Jherlohn-Ländchen haben sich noch nicht den Central-Verbänden der Gewerkschaften angeschlossen, sondern sind in einem „neutralen“ Industriearbeiter-Verein organisiert, der in sich völlig abgeschlossen ist und auch das Sekretariat unterhält. Jetzt beginnt man nun mit der Agitation für den Verein über die Grenzen des Kreises hinaus-zugehen. So ist bereits ein Zweig-Verein in Schwerte, das zum Dortmund Wahlkreis gehört, gebildet worden. — Soldaten sich „neutral“ gebührenden Arbeiter-Vereinigungen, die statt zu vereinen, Zersplitterung in die Reihen der Arbeiterschaft tragen, sollte man durch energische Gegenagitation das Handwerk legen. Der Arbeiterschaft ist nicht gedient mit der äußerlichen Zusammenfassung einer möglichst großen Zahl von Indifferenten, sondern die Organisation kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie ihre Angehörigen gleichzeitig in die Forderungen der modernen Arbeiterbewegung einführt und zu zuverlässigen Kämpfern für dieselbe erzieht.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Freiberg (Sachsen) wurde die Liste des Gewerkschaftsfortells glatt und mit erheblicher Mehrheit gewählt. Es wurden 345 Stimmzettel für die vom Gewerkschaftsfortell aufgestellten Kandidaten abgegeben, während von einem sich stolz Wahlkomitee nennenden, unter der Führung eines Werksführers Anhalt gegen uns aufgestellten wählenden Ausschusses nur 58 Stimmzettel erhielten. An einzelnen Stimmen vereinigten unsere Kandidaten 2070, die auch Arbeiter 351 auf sich.

Ausland.

Ein Schneeschauer-Streik ist an der Eisenbahn bei Glostrup in Dänemark ausgebrochen. Die Verwaltung der Staatsbahnen will nicht den zwischen den privaten Arbeitgebern und dem „Arbeitsmänner-Verband“ tariflich festgelegten Lohn von 33 Ders, resp. 40 und 50 Ders für Ueberstunden, sondern nur 20 Ders zahlen. Mehrere Züge konnten der Schneemassen wegen nicht weiter fahren.

Die streikenden Handwerker in Saint-Etienne sprachen sich in einem vom Genossenschaftsausschuß veranstalteten Referendum mit 2272 gegen 883 Stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit aus.

Reichstags-Ergebniswahl in Wittenberg.

Wittenberg, 20. Dezember 1901, 9 Uhr 55 Minuten nachts. Privat-Telegramm. In der heute stattgefundenen Ergebniswahl für den Reichstags-Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz erhielten bisher Dr. Barth (fr. Bg.) 5561, Rittergutsbesitzer v. Leipziger (kons. Partei der reichstreuen Parteien) 6327, Rohrlad (Soc.) 2111 Stimmen.

Stichwahl zwischen v. Leipziger (l.) und Barth (fr. Bg.) sicher.

In der Hauptwahl 1898 fielen auf Rittergutsbesitzer v. Leipziger 7231 und auf Dr. v. Siemens (fr.) 6594 Stimmen. Auf Rohrlad (Soc.) vereinigten sich 1736 Stimmen. In der Stichwahl siegte der freisinnige Kandidat mit 8718 Stimmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eisenbahnunglück.

Baderborn, 20. Dezember. (W. Z. B.) Das „Westfälische Volksblatt“ meldet: Bei Altenbeden fuhr heute mittag im Nebel ein Personenzug auf den D-Zug nach Berlin auf, welcher infolge eines Unfalls auf freier Strecke hielt. Wie es heißt, sind über 20 Personen verletzt. 6 Tote seien geborgen. Andere Tote sollen sich noch unter den Trümmern befinden.

Nach einem andren Telegramm soll sich die Zahl der Getöteten auf mindestens 15 belaufen. —

Saarbrücken, 20. Dezember. (W. Z. B.) Die hiesige Strafkammer verurteilte heute den kaufmännischen Direktor der Cementfabrik Voeding v. Dieckhoff, den Prokuristen Pfaff, wegen fortgesetzter Unterschlagungen in einer Gesamtsumme von 140 000 M. zu 3 1/2 Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 8 Jahre beantragt.

Paris, 20. Dezember. (W. Z. B.) Schönherrdri Kesselarbeiter, welche von dem Vorgesetzten eines Kammerden zurückgekehrt, stießen Hochrufe auf die Anarchie und Verachtung auf Frankreich aus. Es kam zu einem Konflikt mit der Polizei, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden. Zwanzig Personen wurden verhaftet.

Marseille, 20. Dezember. (W. Z. B.) Der Kapitän des französischen Dampfers „Aleber“, welcher sich aus Land begeben hatte, verlor heute mit vier Patrosen auf einer kleinen Bark nochmals an das Schiff zu gelangen. Die Bark schlug um, der Kapitän und ein Matrose ertranken.

Brüssel, 20. Dezember. (W. Z. B.) Die internationale socialistische Vereinigung wird am 30. Dezember in Brüssel im Volkshause tagen. In dieser ersten Sitzung des internationalen Bureaus werden die socialistischen Delegierten der verschiedenen Länder die Lage in ihren Ländern und zwar: Wallonien für Frankreich, Ouessel für England, van Kol und Troelstra für Holland, Strikensky für Rußland, Sanberwede und Anseele für Belgien.

Brüssel, 20. Dezember. (W. Z. B.) Wie der „Soir“ berichtet, haben die beiden Delegierten des Königs Leopold bei der amerikanischen Gesellschaft, die mit dem Bau der Eisenbahn Gantau-Canton beauftragt ist, durchgesetzt, daß die Hälfte aller Lieferungen für den Bau der Eisenbahn belgischen Firmen übertragen wird. Die Summe, welche der belgischen Industrie hierdurch zufließt, beläuft sich auf 400—500 Millionen Frank. Der König konnte dies durchsetzen, weil er Hauptaktionär der Bahn ist.

Pittsburg, 20. Dezember. (W. Z. B.) In den Stahlwerken Black Diamond fand heute früh eine Explosion statt, bei welcher fünf Mann getötet und zwanzig verwundet wurden.

Lokales.

6. Wahlkreis (Wedding und Oranienburger Vorstadt). Die von den Genossen am Donnerstag, dem zweiten Weihnachtstagsfeierabend, im Eisfelder, Chausseestraße 88, arrangierte Matinee lohnt den Besuch, denn die Mitwirkung des Gesangsvereins Nordwest sowie des Nobelschen Musikonservatoriums bieten Gewähr dafür, daß die Besucher auf ihre Rechnung kommen. Zur Aufzählung gelangen u. a.: „Eine lustige Schlittenfahrt“, „Sechs Wochen nach der Hochzeit“, „Das Heiratsbureau“, „Robert und Vertram, die lustigen Bogabunden im Gesangsverein“, „Die rostige Stimmgabel“, Eintritt 25 Pf. Um zahlreichem Besuch bittet
Das Komitee.

Stadtrat Fischbeck und die Arbeitslosen. Von einem Mitglied des Kuratoriums für Arbeitsnachweis erhalten wir folgende Zuschrift: Herr Stadtrat Fischbeck erklärte in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom letzten Donnerstag, daß die am Anfang dieser Woche zum Schneeschäppen benötigten 1250 Personen nur mit Mühe und Not hätten zusammengebracht werden können. Dieser Mitteilung des Herrn Stadtrats gegenüber halten wir es für notwendig, festzustellen, daß vom Centralverein für Arbeitsnachweis, mit welchem für derartige Arbeiten gewisse Vereinbarungen getroffen sind, nur acht Personen eingefleht wurden. In den Räumen des Centralvereins weilten zur erwähnten Zeit wie sonst jetzt täglich Hunderte von Arbeitslosen; doch ist von keinem Bureau wegen Einstellung von Arbeitskräften Nachfrage gehalten worden, trotzdem sehr viele gern zu dieser Beschäftigung gegriffen hätten. Mit der Gründlichkeit scheint es, soweit die Bearbeitung des Materials in Betracht kommt, in Magistratskreisen also auch zuweilen zu haben.

Die hiesige Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiter-Vereins schreibt uns: Herr Stadtrat Fischbeck hat in der am 19. d. M. stattgefundenen Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung das seiner Zeit im „Vorwärts“ veröffentlichte Material über den Umfang der Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie als mangelhaft bezeichnet. Es soll nicht richtig sein, daß in einem Betriebe die Arbeiterzahl von 300 auf 45 zurückgegangen ist. Das tatsächliche Verhältnis sei 191 zu 102.

Gemeint kann nur sein der Betrieb von G. Käpfer. Wir haben heute sofort recherchiert und dabei festgestellt, daß zur Zeit bei der Firma Käpfer beschäftigt sind: 88 erwachsene Arbeiter, 44 Lehrlinge und 2 Volontäre; insgesamt 84 Personen. Es sind nun jedenfalls seiner Zeit vom Zähler die 44 Lehrlinge nicht mit angeführt worden. Diesen Irrtum geben wir zu. Gleichzeitig steht aber fest, daß die Zahl der erwachsenen Arbeiter bei genannter Firma seit Oktober um weitere 7 Personen vermindert ist.

Wir geben weiter zu, daß möglicherweise zwischen der von uns angegebenen, und der tatsächlichen Zahl der in diesem Jahre weniger Beschäftigten eine Differenz von einigen Hundert sein kann. Dies wird erklärlich, wenn man bedenkt, daß uns nicht in allen Fällen so gute Quellen zur Verfügung stehen, wie den Behörden.

Was ändert es aber an der Thatsache der bestehenden großen Arbeitslosigkeit, wenn nachgewiesen wird, daß unsere ermittelte Zahl von 13 078 um einige Hundert höher ist, als die von der Behörde ermittelte Zahl? Größere Fehler wird man uns nicht nachweisen können, denn sonst hätte das schon Herr Kühnemann gethan, der uns seiner Zeit berichtigt wollte und doch nur einige untergeordnete Schreib- und Rechenfehler nachgewiesen hat.

Möge Herr Fischbeck uns einmal aus der am schwersten von der Krise betroffenen elektrischen Industrie nennenswerte Fehler nachweisen. Das wird der Herr Stadtrat wohl unterlassen, denn wenn in dieser Branche heute eine Feststellung vorgenommen würde, so wäre das Ergebnis zweifellos, daß seit Oktober dieses Jahres eine weitere Einschränkung der Betriebe zu verzeichnen ist. Beweis dafür ist, daß, trotzdem in der Bronze-Industrie — infolge des Weihnachtsgeschäftes — ein kleiner Aufschwung eingetreten ist, wir in den Monaten Oktober und November mehrere Tausend Marx mehr an Arbeitslosen-Unterstützung ausgezahlt haben, als in den Monaten August und September. Mögen nun wirklich einige Angaben aus der Maschinenindustrie sich als zu hoch herausgestellt haben, so sind doch andererseits eine Anzahl von Betrieben vorhanden, in denen die Zahl der weniger Beschäftigten größer ist, als von uns angegeben wurde.

Zur Frage der gelegentlichen Beschäftigung Arbeitsloser durch die Kommune lesen wir in der vom Stadtrat Dr. Zastrow herausgegebenen „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“: Die Verwendung von Arbeitslosen beim Schneeschäppen stößt in der Ausführung vielfach auf Schwierigkeiten; gerade nach einem schweren nächtlichen Schneefall, wo der Bedarf an Arbeitskräften am dringlichsten ist, muß die Beschaffung zu einer Zeit beginnen, wo alle Verwaltungsstellen, die sich mit der Zuweisung von Arbeitslosen befassen, ihre Räume noch nicht geöffnet haben. Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, sind neuerdings in den Stadtverwaltungen von Berlin und Charlottenburg zwei verschiedene, aber in gleicher Weise zum Ziel führende Anordnungen getroffen worden. Die Berliner Straßenreinigung hat den Ähnen für Obdachlose bekannt gegeben, daß die Zufassen bei freiem Schneefall sofort vom Ähnl aus sich zum Schneeschäppen melden können. Am letzten Montag früh war in dieser Art für 2400 Arbeitslose Beschäftigung vorhanden. In Charlottenburg, wo für sämtliche städtischen Verwaltungsstellen die Vorschrift besteht, daß sie ihre Arbeitskräfte in der Regel durch Vermittelung des städtischen Arbeitsnachweises zu beziehen haben, ist durch Vereinbarung zwischen der Straßenreinigung und Arbeitsnachweis-Verwaltung angeordnet, daß in Zukunft im Arbeitsnachweis jedem, der sich einschreiben läßt, gleichzeitig mitgeteilt wird, er könne sich bei Schneefall morgens um 5 1/2 Uhr im Amtsgebäude am Pöhlowplatz melden. Hier werden in erster Linie diejenigen eingestellt, die dem entsprechen und auf dem Arbeitsnachweis sich einen Vormerkzettel haben lassen; nur insoweit fernere Bedarf vorhanden ist, wird auf andere zurückgegriffen. Wenn auf diese Art auch keine dauernde Arbeitsgelegenheit beschafft wird, so wird doch wenigstens dafür gesorgt, daß die vorübergehende Arbeit denen zufällt, die sich ernstlich um Arbeit bemüht haben.

Von unserem Parteigenossen Stadtverordneten Dupont erhalten wir folgende Zuschrift: In der Wiedergabe meiner Ausführungen in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung ist wohl — in der 19. Reihe von oben — ein lapsus unterlaufen; es muß nicht „nur etwa“ über 11 000 mehr männliche Arbeiter-Mitglieder“, sondern „weniger“ heißen. Infolge der Arbeitslosigkeit sind 11 000 mehr abgemeldet worden.

Zu den Demonstrationen im Baracken-Auditorium der Universität geht uns folgende Zuschrift zu:

Die verachtete Redaktion des „Vorwärts“ ersuchen wir ergebenst um gefälligen Abdruck des Folgenden:

Durch die Resolutionen, die in der von den alten Herren des P. D. St. einberufenen allgemeinen Akademiker-Versammlung am 18. d. Mts. gefaßt wurden, sehen sich die Studenten der Berliner Hochschulen polnischer Nation zu folgender Erklärung und Antwort veranlaßt:

ad 1. Wir stellen es hiermit fest, daß die am 13. d. Mts. im Porodenauditorium entstandene Kundgebung absolut kein Ausdruck unserer etwaigen deutschfeindlichen Gefühle war, noch es auch sein sollte. Sie war lediglich gegen die vom dozierenden Professor betriebene Vortragweise gerichtet, und war ein Protest gegen dessen vielfache, uns aufs tiefste beleidigende Ausdrücke. Wir überlassen

den deutschen Kommissionen das Urteil darüber, ob der ganze Ton der Vorlesung, besonders aber gewisse Redewendungen nicht geeignet waren, uns in unseren eigenen Gefühlen zu verletzen. Wir bitten sie, dabei zu beachten, daß wir Nationalgefühl und Nationallehre für uns auch in Anspruch zu nehmen haben.

ad 2. Es ist uns rätselhaft, warum die zweite Resolution ihre Spitze gegen alle Ausländer richtet, während sie doch eine, nur von uns Polen unternommene Kundgebung veranlaßt ist. Was die Resolution selbst anbetrifft, so gehen wir über einen derartigen Beschluß zur Tagesordnung über.

Berlin, den 19. Dezember 1901.

Die polnischen Studenten der Berliner Hochschulen.
Die Redewendungen des Herrn Professors werden von den polnischen Studenten nicht wiedergegeben. Im ganzen meinen wir, daß die polnischen Studenten die Demonstration hätten lieber unterlassen sollen. Eine Entschuldigung für die von ihnen herbeigeführten Vandalereien haben sie vielleicht in dem bekannten Beispiel der antisemitischen Studenten, die sich nicht schämten, bei Erwähnung der Ermordung des Justizrats Lewy ihrer Verwundung über solche Unthat Ausdruck zu geben.

Die Befähigung der Wiedervahlen der Stadträte Hiller, Hübner, Marggraf, Dr. Strahmann und Straube ist im Rathause eingegangen.

O, du fröhliche... Die Weihnachts-Censur der Polizei ist gegenwärtig außerordentlich in Anspruch genommen, da den Inhabern der Varietés und Spezialitätenbühnen mitgeteilt worden ist, daß für die Weihnachts-Feiertage nur besonders „decente Programme“ zugelassen werden. Sämtliche Inhaber derartiger Etablissements haben Abschriften aller Vorträge, Vorstellungen usw., welche am ersten und zweiten Feiertag zur Aufführung gelangen sollen, bis zum 18. d. M. einreichen müssen. Da der Censurist eifrig waltet, so soll den Varietés-Inhabern Gelegenheit gegeben werden, für die gestrichenen noch Ersatznummern einzurichten, welche ebenfalls vor Weihnachten erledigt und zurückgegeben werden. Im vergangenen Jahre wurde bekanntlich für die Weihnachtsabende das Auftreten bestimmter Spezialitäten verboten, da die Programme zu spät eingereicht wurden und eine Änderung nicht mehr vorgenommen werden konnte.

Indem die Polizei die Weihnachtsaufführungen der Spezialitäten-Theater möglichst langweilig zu gestalten sucht, thut sie ihr mögliches, um die alte Sitte, daß Weihnacht ein Familienfest sei, wieder zur Geltung zu bringen. Und so wird denn jeder, der sich's irgend leisten kann, vom Kreise seiner Lieben umgeben, den Abend des ersten Festtages nicht im Variété sondern im — Wirtshaus zubringen.

Mittelstandspolitik des Milchringes. Die Läden der Centrale für Milchverarbeitung werden allmählich zu Verkaufshandlungen umgewandelt, nachdem alle bisherigen Bemühungen durch Vergrößerung der Einnahmen die Mietkosten zu decken, sich als vergeblich erwiesen haben. Außer dem Verkauf von Ansichtskarten haben die Filial-Verwalter nunmehr auch den Vertrieb von Bier, Selterwasser und Stärke übernommen und hienüt ist die Liste der einzuführenden Handverkaufartikel noch nicht erschöpft. Wie wir erfahren, wird die Centrale auch noch andre, für den Hausbedarf erforderliche Gebrauchsgüter allmählich einführen und so die Milchverkaufsstellen nach und nach in Verkaufshandlungen verwandeln.

Damit wird abermals Freundschaft geknüpft werden zwischen der Centrale und der „Staatsbürger Zeitung“, welcher die von den Ringgenossen betriebene Art von Mittelstandspolitik schon lange nicht recht ist.

Das Pergamon-Museum, welches gestern eröffnet worden ist, hatte sich an diesem ersten Tage eines außerordentlichen regen Besuches zu erfreuen. Namentlich beschäftigt die Kunstschöpfung viele Angehörige der Gelehrtenwelt. Prof. Kekulé von Stradowitz, der derzeitige Rektor der Universität, veranlaßte gegen 10 Uhr seine Hörer im Museum, um sie in 1 1/2 stündigen Vorträgen auf die einzelnen Schönheiten der Himmelschen Ausgrabungen aufmerksam zu machen.

Ueber zwei Todesfälle infolge von Verbrennung wird berichtet: Die unverheiratete Wirtschafterin Luise Hoh, die seit vier Jahren für sich allein in der Greifswalderstr. 217 wohnt, war trotz ihrer 74 Jahre noch sehr kräftig und las jeden Abend im Bett liegend ihre Zeitung. Diese Lust wurde ihr verhängnisvoll. Am vergangenen Sonntagabend warf sie die Petroleumlampe, die vor dem Bett auf dem Tische stand, um, so daß das Fettzeug in Brand geriet. Eine Nachbarin, die auf den Lärm herbeikam, erlosch zwar das Feuer in kurzer Zeit durch Ueberwerfen von Decken, die Greifin hatte sich aber am Kopf und an den Armen schon so schwer verbrannt, daß ihr Zustand bei ihrem Alter sofort Bedenken erregte. Trotz der sorgfältigen Pflege starb sie denn auch im Krankenhaus an den Folgen dieser Verletzungen. — Die Frau des Metallrührers Hahn aus der Wallnertheaterstraße, die die Handreinigung besorgte, legte vor acht Tagen nachmittags den Hof. Unterdessen sollte die fünfjährige Tochter Gertrud auf ihren 2 1/2 Jahre alten Bruder Erich aufgeben. Das Mädchen ging aber spielen und ließ den Knaben allein. Dieser wollte nun mit Feuer spielen. Als er ein Stück Papier im Ofen angezündet hatte und es wieder herauszog, kam er zu Fall und das Feuer fiel nach und auf ihn. Bis man den Unglücklichen in seiner hilflosen Lage fand, war er schon am ganzen Körper verbrannt. Auch er starb im Krankenhaus.

Die Berliner Gesellschaft abstinenter Ärzte hat in ihren letzten Sitzungen „Thesen zur öffentlichen Fürsorge für Trunksüchtige“ aufgestellt und den zuständigen Ministerien zur Kenntnisnahme eingereicht.

Sonntagruhe. Nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten hat § 15 der landespolizeilichen Verordnung vom 9. November d. J. über die äußere Heilighaltung der Sonntags- und Feiertage, wie zur Vermeidung von Mißverständnissen zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird, in den bisherigen, auf Grund des § 105 b Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung getroffenen Festsetzungen über die Zeit des Hauptgottesdienstes und die dementsprechend zu gewährenden Arbeitspausen eine Änderung nicht herbeigeführt. Die in dem bezeichneten Paragraphen aufgenommene Bemerkung „gegenwärtig 10—12 Uhr“ bezieht sich auf die im allgemeinen üblichen, in Berlin, Charlottenburg und Niddorf getroffenen Bestimmungen. In Schöneberg ist für den Hauptgottesdienst und die dadurch bedingte Arbeitspause die Zeit von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr festgesetzt.

An einer Morphiumergiftung gestorben ist der 82 Jahre alte Arzt Dr. August Klein aus Bremerhaven, der sich seit längerer Zeit in Berlin aufhielt und in einem Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofes wohnte. Dr. Klein nahm gestern abend eine zu starke Einspritzung und erlag trotz ärztlicher Hilfe den Wirkungen des Giftes. Die Revierpolizei beschlagnahmte die Leiche.

Einen tödlichen Ausgang hat jetzt ein Straßenbahnunfall genommen, der sich am 20. Oktober an der Ecke des Kurfürstendamms und der Nürnbergerstr. zutrug. Der 83 Jahre alte Händler Karl Schmidt vom Grünen Weg 31, der hier seit 6 Jahren seinen Stand hatte, reichte abends um 8 1/2 Uhr zwei Herren Zeitungen auf die vordere Plattform eines Wagens hinauf, der von Wilmersdorf gefahren kam. Als er dann nach dem Bürgersteig zurücktrat, stieß ihn ein Wagen derselben Linie, den er nicht gesehen hatte, aus der entgegengesetzten Richtung kommend, um. Der Verunglückte erlitt schwere innere Verletzungen und farb jetzt daran im Krankenhaus am Urban.

Bei einem Zusammenstoß auf der Straßenbahn ist gestern abend um 7 Uhr in der Hardenbergstraße der 28 Jahre alte Knabe Julius Tonn aus der Langestraße 100 schwer verunglückt. Während

die Pferde seines Fuhrwerks umgeworfen wurden, flog Tonn vom Wagen und geriet unter den elektrischen Wagen. Er erlitt einen Unterschenkelbruch und eine schwere Handverletzung und wurde, nachdem man ihn mit Mühe aus seiner Lage befreit hatte, durch die Unfallstation am Zoologischen Garten nach der Charité gebracht. Das Fuhrwerk führte die Polizei dem Eigentümer zu.

Die Barbier- und Friseurgeschäfte haben, worauf wir besonders hinweisen, auch am kommenden Sonntag ihre Läden zu schließen. Sie werden zu den Gewerbebetrieben gerechnet und unterliegen nicht den für offene Verkaufsstellen festgesetzten Bestimmungen.

Ueberfall auf einen Bahnwärter. Der Bahnwärter Günther, welcher auf der Strecke III der Göttinger Bahn in Treptow bedienstet ist, bemerkte vorgestern in einem Heuschaber mehrere dort in verdächtiger Weise sich aufhaltende Männer und vertrieb sie. In der gestrigen Nacht, nachdem G. seine Strecke abgegangen und das Eintreffen des nächsten Zuges in seiner Wärterbude erwartete, wurden plötzlich die Fenster derselben eingeworfen und gleichzeitig ein Revolverknall auf den Beamten abgegeben, der jedoch zum Glück nicht traf. Günther telegraphierte sofort nach den benachbarten Wärterbuden und als aus diesen Hilfe herbeieilte, ergriffen die Angreifer die Flucht und entliefen auch leider in der Dunkelheit.

Ein Gemütdensch ist der 43 Jahre alte Drechsler Ernst Schröder, der früher in der Wasserthorstr. 40 wohnte. Schröder hatte in drei Monaten seiner Selbstständigkeit so viel Schulden gemacht, daß er sich nicht mehr halten konnte. Nachdem er sie vor sechs Wochen im Stich gelassen hatte, brachte seine Frau ihre beiden Kinder im Alter von 6 und 7 Jahren zu Verwandten und erhängte sich. Nun spielte Schröder mit mehreren Drechslern, die früher seine Arbeitsgenossen in einer Schirmfabrik in der Ritterstraße waren, zusammen zwei Zehntel der sächsischen Lotterie. Als er aus einer Ziehungsliste sah, daß ein Zehntel mit einem kleinen Gewinn herausgelassen war, forderte er von Hamburg aus seinen Anteil. Die Arbeitsgenossen dagegen ersuchten ihn, ihnen erst seine Schulden zu bezahlen. Dieser Mahndbrief hatte zur Folge, daß Schröder seine Mitspieler wegen verbotenen Spielens anzeigte. Die Kriminalpolizei hat sie bereits vernommen.

Im Theater der Urania findet die erste Vorstellung des bereits angekündigten Vortrags „Frühlingstage an der Riviera“ am Sonntag statt.

Die Freie Volkshöhle bringt am Sonntag, den 22. Dezember, „Die Redaile“ von Ludwig Thoma, insceniert von Dr. Behlisch, und Molibres „Der eingebildete Kranke“ in der Fuldaschen Uebersetzung, insceniert vom Oberregisseur Willi Peters, im Fessing-Theater zur Aufführung. Die Hauptrollen liegen in Händen von Jenny Groß, Schönfeld, Walbow, Baitz und Klein. Am 12. Januar beginnen die Aufführungen von Georg Büchners „Dantons Tod“ unter der artistischen Leitung Alfred Halms.

Ein Konzert von künstlerischer Bedeutung veranstalten die Gesangsvereine „Kreuzberger Harmonie“, „Norddeutsche Schiffe“ und „Sorgenfrei“ am Freitag, 27. Dezember, im Konzertsaal der Aktienbrauerei Friedrichshagen. Es wird u. a. das Oratorium „Fritsch“ von Max Bruch aufgeführt. Kamhafte Solokräfte wirken mit.

Zu der Rudolf Moseffschen Erziehungsanstalt in Deutsch-Wilmersdorf bei Berlin sind zu Ostern 1902 wieder einige Freistellen zu besetzen. Aufnahmeprüfungen für Kinder ohne Unterchied des Glaubens sind schriftlich an den Stifter, Herrn Rudolf Moseff, Berlin W., Leipzigerplatz 15, zu richten. Doch können nur sechs- bis zehnjährige Knaben oder Mädchen, deren Schulunterricht Ostern 1902 beginnt, berücksichtigt werden.

Im Metropol-Theater geht die angekündigte neue Berliner Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz „Ne seine Nummer“ von Julius Freund, Musik von Leo Fall und Victor Holländer, am zweiten Weihnachtstagesabend zum erstenmal in Szene. Die Herren Thomas, Josephi, Bender, die Damen Feib-Feib, de Vers und die neue Soubrette Fel. Engelke spielen mit.

Feuerbericht. Die Alarmierungen haben wieder etwas nachgelassen. Freitag früh 7 1/2 Uhr wurde die Wehr nach Grünhaldenstr. 79a gerufen, wo ein Wohnungsbrand zu beseitigen war. In der Nacht zum Freitag mußte Hochstr. 3 ein Brand abgedämpft werden, der Kartons und eine Bretterwand einäscherte. Kurz vorher wurde von Rene Friedrichstr. 88/40 „Wittefeuer“ gemeldet. Es brannten aber nur Gardinen, weshalb die Wehr sofort wieder abrufen konnte. Samstag 19 brannte der Fußboden und die Balkenlage, während Lotzringstr. 81 Freischloß in einem Laden Feuer verursachte hatten. Eine Alarmierung nach Kochstraße 2 betraf einen Brand, der in einer Druckerlei durch einen Gasmotor hervorgerufen war. Gardinenbrände waren Thomafischerstr. 29 und Reichsbergerstr. 120 zu beseitigen. Am 12. Uhr erfolgte ein Ausbruch der Wehr nach Ritterstraße 21, wo der Fußboden am Kachelofen Feuer gefangen hatte. Außerdem waren noch Alarmierungen von Thurmstr. 72 und Bienenstraße 57 zu verzeichnen, die jedoch auf „blinden Alarm“ zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

Die Arbeitsnot und das Niddorfer Stadtparlament. Der Niddorfer Stadtverordneten-Versammlung lag in ihrer Sitzung vom 19. Dezember ein Magistratsantrag vor, der, anknüpfend an einen Beschluß der Deputation, bezweckt, die als baldige Inangriffnahme des Baues des Schiffahrts-Kanals in den Köllnischen Wiesen zu ermöglichen. Ferner wurde beantragt, die Deputation zu ermächtigen, diesen Bau, soweit sie es für zweckmäßig erachtet, im Regiebetrieb der Stadtgemeinde ausführen zu lassen. In letzterer Hinsicht sagt die Begründung, der sofortige Beginn des Baues und seine Ausführung zunächst im Regiebetrieb sei deshalb im Auge gefaßt worden, den noch während des Winters arbeitslosen Einwohnern Niddorfs eine Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.

Zunächst nahm Stadtverordneter Wischke von der großen Fraktion der Rechten das Wort, um den Regiebau zu bekämpfen, weil dieser der Stadt angeblich außerordentlich viel teurer käme, als ein Unternehmerrbau. Der Gedanke, Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu geben, wäre ja ganz human. Aber besser wäre es doch, wenn unsere Arbeiter es machten, wie unsere Vorfahren. Die hätten, strebsam wie sie waren, immer im Sommer dafür gesorgt, daß sie im Winter bei Arbeitsmangel ein paar Wochen zu Hause bleiben konnten. Statt aber im Sommer, wenn viel zu thun sei, den schönen Verdienst mitzunehmen und zu sparen, komme es vielen gar nicht darauf an, längere Zeit zu streifen.

Stadtv. Ostermann (Soz.) lenkte Herrn Wischke beim und teilte dann die Zahlen mit, die das Gewerkschaftsamt am letzten Sonntag durch eine Umfrage von Haus zu Haus festgesetzt hat. Danach seien nicht 700 Niddorfer Arbeiter ohne Arbeit, sondern 2302, darunter 1706 verheiratete mit 8554 Kindern unter 14 Jahren. Fänger als einen Monat seien allein 1195 arbeitslos. Redner wies beim Vortrag der einzelnen Zahlen auf den verschiedenen Verisum (auf die wir noch zurückkommen) von den Vertretern von Weis und Bildung unterbrochen, was ihn zu energischer Abwehr veranlaßt.

Den Standpunkt der linken Moral kennzeichneten noch die Ausführungen des Stadtverordneten Welh, der da meinte, für Kostandsarbeiten müßten auch Kostandslöhne gezahlt werden, das heißt soviel, daß sich die Leute „man gerade über Wasser halten“ könnten.

Erster Bürgermeister Woddin suchte die Einwände gegen die Magistratsvorlage zu entkräften. Nach der Vorlage selbst solle

ja die Deputation die Arbeit nur in Regiebetrieb ausführen lassen, soweit sie es für zweckmäßig erachte. Damit wäre jeder Gefahr für die Stadt vorgebeugt. Der Magistrat sei der Meinung, daß der Antrag mit Rücksicht auf die Not der Bevölkerung nicht nur unbedingt, sondern sogar angebracht sei. Es handle sich nur um Erdarbeiten und zunächst auch nur um einen Teil derselben. Bisher habe die Stadt bei der Regiearbeit keine schlechten Erfahrungen gemacht. Die Gemeinde müsse helfend eingreifen, soweit es möglich sei.

Von unserer Seite sprachen noch die Stadtverordneten Conrad und Prehler. Letzterer wies darauf hin, daß bei der Uebergabe der Arbeit an Privatunternehmer gerade wie beim Zeltomnibus wahrscheinlich nur Polen beschäftigt würden, denen man die elendesten Bedingungen stelle.

Die namentliche Abstimmung, die die Socialdemokraten beantragt hatten, ergab die Annahme der Magistratsvorlage mit 32 gegen 6 Stimmen, nachdem ein Zusatzantrag angenommen worden war, wonach die Regie-Arbeit zunächst nur bis Ende März dauern und die Versammlung dann von neuem darüber beschließen solle. Gegen die Vorlage stimmten Otto, Velsch, Gentich, Kope, Boh und Nischke.

Ueber die Arbeitsnot in Schöneberg hat der dortige Magistrat aus Anlaß einer Verfügung des Regierungspräsidenten Ermittlungen anstellen lassen, die zu dem Ergebnis geführt haben, daß in Schöneberg industrielle Betriebe und Fabriken nur in geringem Maße vorhanden sind, die Beschäftigungslosigkeit weniger die Arbeiterklasse (?) als die am Orte zahlreich vorhandenen selbstständigen Kaufleute (Comptoiristen) betroffen hat, für die städtische Hilfe nichts getan werden kann. Was die einzelnen Gewerbebetriebe betrifft, so ist eine teilweise Arbeitsnot hauptsächlich in der Metallindustrie, dem Baugewerbe, der Leder- und Holzindustrie eingetreten. Durchschnittlich hat in diesen vier Betrieben das Arbeiterpersonal nach Aufstellung des Magistrats gegenüber dem Vorjahre um rund 50 Prozent verringert werden müssen. Einige wenige Betriebe haben weiteren Entlassungen dadurch vorgebeugt, daß sie die Arbeitszeit verkürzt haben. Seitens der Stadt werden arbeitslose Leute, so lange nicht Frost eintritt, bei der Herstellung öffentlicher Platz- und Straßenanlagen beschäftigt. Im größeren Maße wird dies im Frühjahr der Fall sein können beim Bau des Krankenhauses, des Rotauslaufkanals und mehrerer neuer Straßen.

Aus Wilmerdorf schreibt man uns: In die Gemeindevorstellung ist gelegentlich der letzten Sitzung der neue Schöffe Regierungs-Bau- und Straßenbau-Kassenräume bewilligt worden. — Zur Erweiterung der Gemeindeverwaltung hat die Gemeindevorstellung mit den Angelegenheiten der Gemeindefschule und beschloß, daß am 1. April sieben neue Lehrstellen besetzt werden sollen; für drei zu errichtende Schulklassen wurden 4075 M. 80 Pf. bewilligt. Zur Erhaltung einer Lehrscheule für Seminaristen wurden ferner 3603 M. 12 Pf. bewilligt. Das alles geschah, wie sehr schon hervorgehoben wurde, zur ordnungsmäßigen Fortentwicklung des Ortes. Leider scheint man zu vergessen, daß die ordnungsmäßige Fortentwicklung eines jetzt schon 35 500 Einwohner zählenden Ortes auch die genügende Zahl von Gemeindevorstellern notwendig macht.

Das Volksschulwesen Charlottenburgs ist in den letzten Jahren hinsichtlich seiner äußeren Gestaltung in ein Stadium ruhigerer Entwicklung eingetreten. Die Vermehrung der Schulkinder, die besonders in die Mitte der 90er Jahre in recht raschem Tempo erfolgt war, hat sich seit 1898 bedeutend verlangsamt. Die Oktoberfrequenz der Charlottenburger Gemeindefschulen war in den Jahren 1891 bis 1901: 7114, 7714, 8647, 9720, 10 983, 12 551, 13 968, 15 065, 16 646, 17 520; die Zunahme im Laufe der Jahre 1892 bis 1901 betrug demnach: 600, 983, 1073, 1273, 1558, 1417, 1097, 797, 874. Den Höhepunkt bilden hier die Jahre 1896 und 1897 mit einem Mehr von 1558 bzw. 1417 Kindern. Hinter der Zunahme von 1897 blieb diejenige von 1898 gleich um 320 zurück, und das Jahr 1899 brachte einen Anstieg von weiteren 300. Eine erneute Zunahme ist erst wieder im Jahre 1901 eingetreten, doch ist sie vorläufig noch wenig bedeutend. Unter den Ursachen dieser Verlangsamung des Zuwachses an Volksschulkindern dürfte an erster Stelle zu nennen sein die Verminderung des Arbeiterzuzuges, die durch den in Charlottenburg um zwei Jahre früher als in Berlin aufgetretenen Mangel an kleinen Wohnungen herbeigeführt worden ist.

Der Gemeindevorstand von Tempelhof schreibt uns: In der ersten Besetzung zu Nr. 202 Ihrer Zeitung vom 14. Dezember etc., welche uns heute erst zu Gesicht kam, befindet sich in Spalte 1 eine Mitteilung über die Straßendehnung Tempelhof, Lanthwig, Großlichterfelde, welche weitestliche Unrichtigkeiten enthält. Die Gemeinden Tempelhof und Lanthwig haben mit der Südlichen Vorortbahn Vertrag wegen Einrichtung einer elektrischen Straßendehnung Lanthwig, Tempelhof, Schöneberg, Potsdamer Platz geschlossen.

Die Wagen sollen von Lanthwig alle 24 Minuten, von Tempelhof alle 12 Minuten nach Potsdamer Platz verkehren. Nach Verlegung des Vorortverkehrs der Anhalter Bahn vom Anhalter Bahnhof nach Potsdamer Bahnhof hat jedoch Lanthwig an der Linie nach dem Potsdamer Platz nicht mehr das frühere Interesse, sondern wünscht durch Tempelhof über Tempelhofer Feld nach Dönhofsplatz oder Behrenstraße zu fahren. Hiergegen hat Tempelhof nichts einzuwenden, will aber auf die für den Ort wichtige Linie über Schöneberg nach dem Potsdamer Platz — mit 12 Minutenverkehr — nicht definitiv verzichten. Im Einverständnis mit einem Oberbeamten der Großen Straßendehnung wird verabredet worden, auf der Hauptlinie Tempelhof, Berlin, Behrenstraße den sechsminütigen Verkehr, welcher während des Sommers dreizehner eingerichtet war und den die Direktion bei Abschluß des Hauptvertrages brieflich in Aussicht gestellt hatte, unter Anrechnung der Lanthwiger Züge, verkehrsmäßig auf einige Jahre einzurichten und während dieses Zeitraumes die Einrichtung der Linie Tempelhof—Potsdamer Platz hinauszuschieben. Dieses Abkommen hat die Direktion der Straßendehnung nicht genehmigt. Sie will eine Verpflichtung zur Einrichtung des sechsminütigen Verkehrs nicht übernehmen. Es sind deshalb die Verhandlungen abgebrochen worden, weil Tempelhof auf ein vertragliches Recht ohne gesicherte Gegenleistung nicht verzichten kann und will. Eine Entschädigung von 30 000 M. ist niemals gefordert oder während der Verhandlungen auch nur erwähnt worden.

Wir hatten die Mitteilung, die mit Ausnahme der Nachricht von der Entschädigung wesentliche Unrichtigkeiten eigentlich nicht enthielt, einer Korrespondenz entnommen.

Spandau und der Brotwucher. Wir berichteten bereits wiederholt über den eigentümlichen Standpunkt, den der Magistrat in Spandau gegenüber dem Beschlusse der dortigen Stadtverordneten-Versammlung betr. Abwendung einer Petition gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise eingenommen hatte. Die Stadtverordneten haben nun infolgedessen einen Ausweg gefunden, als sie nach dem Antrage des kürzlich eingereichten Ausschusses in der Donnerstag-Sitzung die folgende Resolution, ohne jeden Widerspruch, mit allen gegen eine Stimme annahm:

Die Versammlung erblidt in dem zur Zeit dem Reichstage vorliegenden Zolltarif-Entwurf eine Gefahr für die Stadtgemeinde Spandau infolgedessen, als wenn dieser Tarif Gesetz werden sollte, durch die dann unvermeidliche Verteuerung des Getreides und damit des Brotes, sowie sonstiger unentbehrlicher Nahrungsmittel

1. die Lebenshaltung weiter Kreise, insbesondere der minderbemittelten Klassen, die in Spandau die Mehrheit der Einwohner-schaft ausmachen, nicht unwesentlich erschwert,

2. infolgedessen die Steuerkraft dieser Kreise geschwächt,

3. die Gemeindeverwaltung außerdem durch erhöhte Aufwendungen für Armen- und Krankenpflege in Mitleidenschaft gezogen, und

4. die Volkswirtschaft infolge mangelhafter Ernährung und dadurch bedingter geringerer Widerstandsfähigkeit eines großen Teils der Bevölkerung gefährdet werden würde.

Die Versammlung bedauert daher, daß es ihr durch § 36 der Städte-Ordnung unmöglich gemacht ist, diese Beschränkungen in einer Petition an den Reichstag eingehend zu begründen und die Volksvertretung um Ablehnung der Zolltarif-Vorlage zu ersuchen.

In ihrer Art bedeutet diese Resolution nicht nur einen geharnischten Protest gegen die volkswirtschaftlichen Zollwucher-Pläne, sondern vor allem auch, wenn auch ungewollt, gegen die Städte-Ordnung, die den Gemeinden gerade in den allerwichtigsten Fragen einen Maulkorb auflegt. Unsere Genossen werden hierauf weiter bauen und auch bei jeder Gelegenheit dem Spandauer Magistrat sein verständnisloses Verhalten in dieser Frage ins Gedächtnis rufen.

Gerihts-Beitung.

Von einem Abenteuer im Tiergarten erzählt eine Verhandlung, die gestern vor der 13. Abteilung des Schöffengerichts stattfand. Frau v. F., eine in glänzenden Verhältnissen lebende Dame, machte am Vormittage des 22. Juni ihren täglichen Spaziergang im Tiergarten. Sie ließ sich für kurze Zeit auf einer Bank nieder. Unweit von ihr, auf einer zweiten Bank, saß der Kaufmann Z. Dieser bemerkte, daß Frau v. F. etwas von der Erde aufhob, legte dem Umstande aber kein Gewicht bei. Gleich darauf erlitt eine junge Dame, Frau S., welche ihre Augen suchend gegen den Erdboden richtete und dem Herrn Z. auf Befragen erklärte, daß sie vor kurzem ihre goldene Uhr nebst schwarzer Kette verloren habe. Ein hinzukommender Arbeiter, der auf einer Rebenbank gesessen hatte, erzählte, daß er ebenfalls gesehen habe, wie die feingekleidete Dame etwas vom Boden aufgehoben habe. Herr Z. beauftragte den Arbeiter, der Dame, welche bereits weiter gegangen, aber noch in Sicht war, zu folgen und sie feststellen zu lassen, falls sie den Fund abliefern sollte. Der Arbeiter kam nach einiger Zeit zurück mit dem Bemerkung, daß die Verfolgung vergeblich gewesen sei, die Dame sei, bevor er sie habe erreichen können, am Brandenburger Thor in einen Wagen der Straßenbahn gestiegen. Freitag Tage später begegnete Herr Z. der Dame wiederum im Tiergarten. Er redete sie an mit der Frage, ob sie nicht vor einigen Tagen eine Uhr gefunden habe. Auf die vermeintliche Antwort fragte Herr Z. nach ihrem Namen und ihrer Wohnung. Frau v. F. gab beides richtig an. Herr Z. wollte sich hierbei nicht beruhigen, er verlangte, daß sie ihm zum nächsten Posten stehenden Schirmmann begleiten sollte, um sich dem gegenüber auszuweisen. Die besetzte Dame war im Begriff, der Aufforderung Folge zu leisten, als ein fein gekleideter Herr des Weges kam. Der Herr kennt mich, fragen Sie ihn, wer ich bin, erklärte sie tiefatmend. Sie sind Frau v. F. aus der K. Straße, gnädige Frau, erwiderte der Besetzte. Nun begründete sich Herr Z. Frau v. F. erhielt eine Anklage wegen Fälschung der Unterschrift. Im Termin beteuerte sie ihre Unschuld. Möglich sei es ja, daß sie irgend etwas vom Boden aufgehoben habe, sie wisse es nicht, aber eine Uhr sei es sicher nicht gewesen. Da die Zeugen dabei blieben, daß eine Personenverwechslung ausgeschlossen sei, hielt der Staatsanwalt die Verdachtsgründe für ausreichend, um zu einer Verurteilung zu gelangen; er beantragte gegen die Angeklagte eine Geldstrafe von 150 M. Der Gerichtshof war mit dem Verteidiger Rechtsanwalt Gottschalk anderer Ansicht und fällt ein freisprechendes Urteil.

Das Verschwinden eines Tausendmarkscheins spielte eine Rolle in einer Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht gegen den Handwerker Nicolaus Glowna wegen Unterschlagung stattfand. Der Angeklagte war früher Kassenbote beim Kommerzienrat Jul. Bögow. Am Vormittage des 19. Juli wurde er mit etwas über 14 000 M. nach der Dresdener Bank geschickt. Der Direktor der Bank zählte ihm das Geld in Papier, Gold und Silber vor, der Angeklagte zählte es nach und that es in seine Tasche, die er unachtsam und dann für kurze Zeit im Comptoir stehen ließ, um eine Dröschke zu holen. Im Bureau der Dresdener Bank stellte sich heraus, daß ein Tausendmarkschein fehlte. Der Angeklagte wurde der Thäterschaft beschuldigt, weil festgestellt wurde, daß seine Lebensweise mit der Höhe seines Einkommens nicht in Einklang zu bringen war. Dieser Verdachtsgrund schrumpfte durch die Beweisaufnahme im gestrigen Termin bedeutend zusammen, es erwies sich nur, daß er einige unwesentliche Schulden gemacht hatte. Trotz eingehender Zeugenvernehmung ließ sich über den Verbleib des Tausendmarkscheins nichts Bestimmtes ermitteln, so daß der Gerichtshof zu einem freisprechenden Erkenntnis kam, während der Staatsanwalt sechs Monate Gefängnis beantragt hatte.

Ein sonderbarer Erzech hat eine Anklage wegen Unfug, Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt veranlaßt, die gestern gegen den Wirtswärter Rastan vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Der Angeklagte war als Erziehungsgehilfe von dem Inspektor des Luisenstifts in der Hofmannstraße angestellt worden, er hatte als solcher die dem Institut zugetheilten Knaben zu beaufsichtigen, sie auf Spaziergängen zu leiten, ihre Turnübungen zu beaufsichtigen etc. etc. Er machte einen durchaus guten und würdigen Eindruck und verließ sein Amt mit Ernst und Eifer. Nach dreiwöchiger Thätigkeit ließ er sich eines Tages im April d. J. vom Inspektor 10 Mark Vorzuschuß geben und ging seinem Privatvergnügen nach. Er scheint dem Alkohol etwas zugesprochen zu haben, denn nur so ist die Scene zu erklären, die er am Abend desselben Tages aufstieß. Als der Polizeileutnant Edel II an jenem Abend mit seiner Ehefrau durch die Luisenstrasse ging, merkte er, daß ihm der Angeklagte auf Schritt und Tritt folgte. Er ließ ihn an sich vorbeiziehen, der Angeklagte blieb aber sofort stehen und ließ das Paar an sich vorbeiziehen. Letzteres ging auf die andre Seite, der Angeklagte folgte auch dorthin, und als er es sich sogar noch einzulassen ließ, hämische Bemerkungen über die Dame zu machen, verbat sich Leutnant E. solche Belästigungen sehr energisch. Der Angeklagte machte daraufhin großen Lärm und riefte von zwei Säuglingen gewaltsam nach der Polizeiwache in der Schönbauerstraße gebracht werden. Auf dem Hofe zog er sich plötzlich den Rock aus und sitzte sich auf den Polizeileutnant, der seinen Degen zog und dem Angeklagten einen Hieb über den Kopf gab. Blutüberströmt mußte der Verwundete nach der Unfallstation gebracht und dort verbunden werden. Am nächsten Tage erlitt er im Luisenstift ganz verstoßt und mit allen Anzeichen von Trunkenheit. Ihm wurden vom Inspektor erste Vorhaltungen gemacht und ihm erst nachmittags gestattet, die Knaben bei den Spielen zu beaufsichtigen. Witten in dieser Belästigung fiel er plötzlich zu Boden und wurde von starken epileptischen Krämpfen heimgesucht. Da sich auf diese Weise herausstellte, daß er Epileptiker ist, war seines Bleibens in der Anstalt nicht länger. Er ist jetzt außerhalb Berlins als Kranzist tätig. Da der Verdacht rege wurde, daß vielleicht auch jener Erzech eine Folge seines Arzneyzustandes sein könnte, sind zwei Ärzte befragt worden, die aber nicht der Ansicht waren, daß er im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit gehandelt. Das Schöffengericht trat gestern trotzdem Bescheid, zu einem Schuldspruch zu kommen und beschloß deshalb zunächst noch weitere Erhebungen an autoritativer Stelle anzustellen.

Versammlungen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am Donnerstag eine Delegiertenversammlung ab. In derselben wurde der Plan einer von Haus zu Haus vorzunehmenden Zählung der Arbeitslosen besprochen. Wie bereits angedeutet, ist die Angelegenheit bereits im Ausschuss behandelt worden. Man hält nach dem befriedigenden Ergebnis der ersten Arbeitslosenzählung eine zweite, und zwar möglichst genaue, für notwendig, schon um deswillen, damit brauch-

bares Material zum Vergleich mit den Ergebnissen der von der Behörde vorzunehmenden Zählung herbeigeschafft werde. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenzählung soll sich über Berlin und die Vororte (Groß-Berlin) erstrecken. Sie soll von Haus zu Haus mittels Zählkarten ausgeführt werden, welche am 30. Januar in den einzelnen Haushaltungen abzugeben und am 2. Februar wieder einzuliefern sind. Es ist das eine sehr große Arbeit, die die Gewerkschaften allein nicht ausführen können. Deshalb ist die politische Organisation um Mithilfe bei diesem Werke angegangen worden. Sie hat auch die Unterstützung des Planes durch Stellung von Arbeitskräften zugesagt. Aber auch die Gewerkschaften müssen, wenn das Werk gelingen soll, ihre Kräfte für dasselbe einsetzen. Es wird erwartet, daß die gewerkschaftlichen Organisationen, welche der Kommission angeschlossen sind, etwa 10 Proz. ihrer Mitglieder für die Arbeit des Zählens zur Verfügung stellen. Unter diesen Umständen ist anzunehmen, daß die schwierige Arbeit durchgeführt werden kann. Was die Erhebung selbst betrifft, so hat dieselbe nur den Zweck, festzustellen, wie viele Personen arbeitslos sind. Die Zählkarte stellt die Frage nach Namen, Wohnung, Alter, ob verheiratet, wie viel Kinder, Beruf, ob arbeitslos und wie lange, ob verlorne Zeit gearbeitet wird und um wie viel Stunden. Wenn auch im socialpolitischen Interesse noch manche andre Fragen gestellt werden könnten, so hat man doch darauf verzichtet, um die Arbeit so einfach wie möglich zu machen, und die Befragten nicht zu Antworten zu veranlassen, die sie nicht gern erteilen. Die Kosten der Zählung werden nach einem ungefähren Ueberschlag etwa 1500 M. betragen, die nach Ansicht der Gewerkschaftssekretäre auf die einzelnen Gewerkschaften im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl verteilt werden könnten.

Die Darlegungen Höfens wurden in der Diskussion einer eingehenden Erörterung unterzogen. H. v. S. H., Vorsitzender des Rixdorfer Gewerkschaftsvereins, teilte die bei der Arbeitslosenzählung in Rixdorf gemachten Erfahrungen mit.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde hauptsächlich über die Einzelheiten der Zählarbeit und über die Gestaltung der Zählkarte gesprochen. Mehrere Redner bezeichneten es als notwendig, daß auch die Frage gestellt werde, ob Krankheit oder Invalvidität die Ursache der Arbeitslosigkeit sei. Ohne die Beantwortung dieser Frage werde sich kein richtiges Bild ergeben; es komme aber vor allem darauf an, daß eine socialpolitisch wertvolle Arbeit geleistet werde. Alle Redner waren darin einig, daß die Arbeitslosenzählung vorgenommen werden soll, da sie sowohl ein gewerkschaftliches wie ein allgemein socialpolitisches Interesse habe. — D. S. H. war dagegen der Meinung, daß man zunächst darüber diskutieren solle, ob die geplante Erhebung durch die Gewerkschaften angebracht und durchführbar sei. Ihm komme die ganze Angelegenheit überraschend. Er habe bis jetzt nur gehört, daß die Ergebnisse der Zählung veröffentlicht werden sollen, und es frage sich doch, ob die Gewerkschaften daran ein so großes Interesse hätten, daß sie sich für sie die Arbeit lohne. — Auch Fischendorfer hielt diese Anregung für berechtigt. Er zweifelte auch, ob die Erhebung sich nur mit freiwilligen Arbeitskräften durchführen lasse und schlug vor, bezahlte Kräfte aus den Reihen der Arbeitslosen damit zu betrauen. Die Kosten veranschlagte der Redner auf etwa 15 000 M. Dieser Vorschlag fand jedoch bei keinem der nachfolgenden Redner Anklang. Man hielt vielmehr die Durchführung der Zählung nach dem vom Ausschuss vorgelegten Plan für möglich.

Durch die Abstimmung entschied sich die Versammlung einstimmig dafür, daß die Arbeitslosenzählung vorgenommen werden soll. Das nächste soll in einer im Januar stattfindenden Delegierten-Versammlung beschlossen werden, zu der auch die Vorstände der Gewerkschaften eingeladen werden sollen.

Es fehlten die Delegierten der Brauereiarbeiter, Marmorarbeiter, Maschinen- und Heizer, Mühlenarbeiter, Radfahrer, Städtischen Arbeiter, Steinbauer, Bühnenarbeiter, Feuertreiber, Gymnastischer.

Abenda. Am 17. Dezember hielt der hiesige socialdemokratische Wahlverein eine Versammlung im Lokal des Herrn Stippeloh ab, in der Genosse A. v. L. Berlin über Zoll und Handelswesen sprach. Unter Vereinsangelegenheiten nahm die Versammlung den Bericht vom Central-Wahlverein entgegen und entwickelte sich hierauf noch eine rege Debatte über die hiesige Lokalfrage.

Verichtigung. Der socialdemokratische Verein für den fünften Reichstags-Wahlkreis zählt nicht 617 Mitglieder, wie gestern irrtümlich mitgeteilt, sondern 670. Wir stellen dies richtig, weil uns aus dem fünften Wahlkreise eine bittere Beschwerde über die Unterschlagnung von 53 Mitgliedern zugegangen ist.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 22. Dezember, vormittags 8½ Uhr, in der Aula der 60. Gemeindefschule, Kleine Frankfurterstraße 6: Versammlung: Freireligiöse Vorlesung. — Am 10½ Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Das ewige Leben“. — Son- und Nachspiel auf dem Pariser Musik-Darstellung. Wähe, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Frauen- und Kindervereine der Metallarbeiter (S. H. 2. Hamburg). Filiale Berlin 3: Sonntag, den 21. Dezember, abends 9 Uhr, bei Bergener, Reichensbergerstr. 157: Mitgliederversammlung. Filiale Berlin 4: Sonntag, abends 9 Uhr, bei Westphal, Androssstr. 26: Mitgliederversammlung. — Filiale Kummelsburg: Sonntag, abends 8½ Uhr, bei Rudolf Müller, Türschmidstr. 37: Mitgliederversammlung.

Vermischtes.

Die Not. Aus Leipzig wird über eine Familien-Tragödie berichtet: Die Frau des Buchhändlers Vogel, welcher hier in der Melkestraße wohnte, hat sich und ihre drei Kinder im Alter von 12, 8 und 4 Jahren Donnerstagabend durch aufstreichendes Gas erstickt. Ihr Ehemann war, wie die Morgenblätter melden, seit mehreren Tagen verschwunden und hatte brieflich die Absicht kundgegeben, sich das Leben zu nehmen, da ihn schwere Sorgen bedrückten.

In Wien hat die Gattin des Schriftsetzers Morawitz nachts in einem Anfall von Geistesstörung ihre drei Kinder im Alter von 1—4 Jahren aus ihrer im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße geworfen und sich dann nachgeführt. Zwei Kinder sind bereits tot, das dritte liegt im Sterben. Die Frau ist weniger schwer verletzt.

Abermals eine Hinrichtung. Wie die „Braunschweiger N. N.“ melden, wurde gestern früh 8½ Uhr der 19-jährige Arbeiter Rehm, der am 13. August d. J. die Schaffnerfranke Reibelung in Ren-Deburg ermordet und beraubt hatte, in Braunschweiger Strafgefängnis durch den Scharfrichter Melndel hingerichtet.

In Malaga brach Donnerstag im Industrieviertel ein Brand aus, der großen Schaden anrichtete. Zwei Personen kamen dabei um, mehrere erlitten Verletzungen.

Ringkämpfe. Aus Paris wird berichtet: Gestern Abend fand im Kasino de Paris der Schluß des Weltkamps der Ringkämpfe statt. Champion der Welt wurde Jodanis, genannt der russische Löwe. Er warf beim vierten Wagon seinen Gegner, den Belgier Constant de Vonger in 8 Minuten 5 Sekunden.

Petroleumquellen bei Suez. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Kairo gemeldet: Die von dem Petroleum-Erbschaft angefallenen Techniker stießen nach zweijähriger Arbeit bei Geleits in der Nähe von Suez bei Tiefbohrungen bis zu 2115 Fuß auf Petroleum. Mit fürchterlichem Getöse erfolgte eine Gasausströmung, dann eine Explosion, durch welche die ganze Bohranlage zertrümmert wurde. Man schießt hierauf auf das Bohrdamm ein außerordentliches Mengen von Petroleum und hält die Entdeckung für sehr bedeutsam.

Vertolltes Manuscript. Die „Amberg-Post“ meldet: Seminarpräfekt Dr. Ved fand in der Amberger Provinzialbibliothek den größeren Teil eines Manuscripts des Epos „Parival“ von Wolfram v. Eschenbach. Das Manuscript deutet seither als Buchumschlag und entstammt wahrscheinlich dem zweiten Viertel des 13. Jahrhunderts.

Table with market prices for various goods like wheat, flour, and oil. Columns include item name, quantity, and price.

*) ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 20. Dezember. Getreide. Bei festem Verkehr waren die Preise für Weizen und Roggen kaum verändert.

Am Spiritusmarkt ist der Vorrat gestern noch nachträglich um 10 Pf. erhöht worden, ging jedoch heute auf sein vorgestriges Niveau zurück.

Table showing weather reports for various stations including temperature, wind direction, and precipitation.

Wetterprognose für Sonnabend, den 21. Dezember 1901. Zunächst ziemlich trübe mit Niederschlägen, wägen nördlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zurechnung findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. G. P. 100. Die Meldung zum freiwilligen Dienst ist vom 17. Jahre ab statthaft.

Die Vermögenssteuer ist in der Nummer vom 19. d. M. unter S. 14 ausführlich dargestellt. So viel und bekannt, nicht. In aller Eile...

C. Jander. Sie müssen schleunigst unter Darlegung der Sachverhalts und unter Glaubhaftmachung der Abrede (durch Wiederreichung einer eidesstattlichen Versicherung eines der Zeugen) Einstellung der Zwangsversteigerung beantragen.

Zur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Opernhaus. Die Meisterfänger von Nürnberg. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Ueber den Wolken. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung. Senevitzen u. die 7 Zwerge.

Central-Theater.

Deute Anfang 4 Uhr, halbe Preise (Jeder Erwachsene hat ein Kind frei): Schneewittchen bei den sieben Zwergen.

Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg d. Burleske König Aqua mit Willy Walden, Georg Kaiser, Emil Richards, Arnold Rock, Martin Kollner, Emmy Kröcher und Siegm. Lieban.

Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236. Das neue Dezember-Programm. 26 internationale Künstler ersten Ranges.

Casino-Theater.

Vothhinderstr. 37. Neu! Das Volksstück: „Weihnachten“.

Cirkus A. Schumann.

Deute, 21. Dezember, abds präc 7 1/2 Uhr: Große Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten des fünften Sozial-Komitees des Nationalbundes für Veteranen.

Metropol-Theater.

Zum vorletztenmal: Schön war's doch. Gr. Berliner Ausstattungsgeselle mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel.

Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Nur erhaltliche Spezialitäten. J. M. Hätt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung.

Luisenhof, Dresdenerstr. 34/35. Ist eröffnet!! Im prachtvollen, weihnachtlich decorierten Ausstellungs-Belastungsaum jedermann billigst und ausgiebig sich köstlich!

W. Noacks Theater.

Bismarckstr. 16. Heute: Geschlossen. Sonntag: Mit vollen Segeln.

Palast-Theater.

(früher Feen-Palast) Burgstr. 22. Bis Weihnachten Geschlossen! Wiederöffnung am 1., 2. u. 3. Weihnachtstag.

Sanssouci.

Kottbuserstr. 4a. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Säger nach jeder Solree: Tanz.

Reichshallen.

Stettiner Säger. Zum Schluss: Neu! O Tannebaum! Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Cirkus Busch.

Sonnabend, 21. Dezbr., abds 7 1/2 Uhr: „Klondike“. Original-Pantomime des Circus Busch.

Achtung, Aijienmacher!

Der Streik bei der Firma Gölke dauert unverändert fort. Zugang fernhalten. Die Lohnkommission.

Knaben-Garderobe.

am billigsten und realsten direkt in der Fabrik von 1907: Karl Hustädt, O. Köppenstr. 85, parterre.

Fahrräder.

neue, elegante, mit Garantie 70-85, allerbeste mit Maschinen, Doppelfederfedern 25-30, Gebrauchte Räder 15-25, 30-35, 35-40.

Edelweiss-Cigarren.

Dampf-Schweiß, Special 200 St. M. 2,90 Alpenrosen-Gl., hochfein 200 „ 2,80 La. Weisses extra lang 200 „ 4,20.

Enorm billige Weihnachtsgeschenke.

Costüm Röcke.

in Cheviot, Someipna, Tuch- und Bideline 6 M. 7 M., 10 M., 12 M., aus Seiden-Damast 25 M., aus Crème-Cheviot u. Pique 3 M., 5 M., 7-15 M.

Jackettleider.

elegante Façons in Cheviot, Cobeiro und Someipna, 12 M., 15 M., 20 M., 25 M.

Damen-Konfektion.

direkt aus der Fabrik. Kein Laden! Saison-Ausverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Jackets, Sackpaletots.

aus Edimo u. Someipna, nur moderne Façons, 8 M., 10 M., 12 M., 20 M., früherer Preis 15 bis 40 M.

Golfcapes 6 M., 8 M., 10 M.

Wattierte Abendmäntel.

10 M., 12 M., 15 M., 20 M. Plüschjackets, Plüschpaletots, Plüschkragen 27 M., 30 M. bis 50 M.

Sielmann & Rosenberg.

Rommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse. Backfisch-Saccos 8 M., 10 M., 30 M.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonnabend, 21. Dez., abends 8 1/2 Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8:
Konferenz der Vertrauensleute für Moabit.
Sonntag, 22. Dez., vorm. 10 Uhr, bei Wetzel, Drangelstr. 136:
Morgensprache der Schraubendreher.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Unsere nächste Mitglieder-Versammlung findet am Mittwoch, den 8. Januar 1902 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, statt. (Tages-Ordnung siehe „Buchbinder-Zeitung“).
Am 24. und 21. Dezember wird unser Bureau nachmittags 3 Uhr, am dritten Feiertag mittags 1 Uhr geschlossen.
Am Dienstag, den 31. Dezember, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):
Große Sylvesterfeier.

Große Sylvesterfeier.

Sylvester-Scherze. — Neujahrs-Post.
Grosser Ball.
Billet für Herren 50 Pfennig, für Damen 30 Pfennig. Anfang 8 1/2 Uhr.
Abendkasse findet nicht statt.
Billets sind in allen Zahlstellen, bei den Vertrauenspersonen, sowie in unserem Bureau, Engel-Ufer 15, II. zu haben.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Die Kollegen, welche noch Schulden an den Verband haben und nicht wollen, daß ihr Name im Jahresbericht veröffentlicht wird, mögen heute Abend in den Zahlstellen oder Montag, den 23. Dezember, abends 8 Uhr Blumenstraße 38 bezahlen. Dasselbe Abrechnung von sämtlichen Zahlstellen-Kassieren und Ausgabe der „Aronia“-Billets.
Der Delegiertentag beginnt am 29. Dezember, nachmittags 2 Uhr Engel-Ufer 15.
Die Mitglieder, welche ihr Buch an der Kontrolle vorgeigen, haben Zutritt.
Da die Bibliothek geregelt und vergrößert werden soll, so werden hiermit die Kollegen, welche Bücher entnommen haben, gebeten, dieselben heute retour zu geben.
Siehe die Bekanntmachung in den Zahlstellen.
Der Vorstand.

Ronsum-Verein Berlin-Nord

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
N., Willdenowstr. 30. — Fernsprecher: Amt II, 2639.
Im Anschluß an die Veröffentlichung unserer Bilanz in Nr. 236 des „Vorwärts“ vom 9. Oktober 1901 geben wir folgendes bekannt:
Mitglieder-Bewegung.
Bestand am 1. Juli 1900 886 Mitglieder
Neu eingetreten bis 30. Juni 1901 850
1736 Mitglieder
Es schieden aus: freiwillig und durch Tod 18
1718 Mitglieder
Mitgliederbestand am 30. Juni 1901 1718 Mitglieder
Die Mitglieder-Guthaben betragen am 30. Juni 1900 3 891, — M.
Die Mitglieder-Guthaben betragen am 30. Juni 1901 10 633,42 —
Mithin Vermehrung der Mitglieder-Guthaben während des Geschäftsjahres 1900/1901 um 6 742,42 M.
Die Kassensumme der Mitglieder betrug am 30. Juni 1900 11 580, — M.
Die Kassensumme der Mitglieder betrug am 30. Juni 1901 40 540, — M.
Mithin Vermehrung der Kassensumme während des Geschäftsjahres 1900/1901 um 24 960, — M.
Berlin, 18. September 1901.
Der Vorstand.
Grashold, F. Walther, Schaefer, Blumenthal, Neitzke, für den Aufsichtsrat: F. Lietzke, Vorsitzender. 269/17

Zum Weihnachtsfest:
Wurmgefällige?
1/2 Liter M. 3,—, 1/2 Orgel M. 1,50
in den Restaurationen und conc. Ladengeschäften.
Wurms Generaldepot: Berlin NO., Neue Königstr. 74.

Aug. Stein
Gold- und Silberwaren
Berlin SO., 177 Oranien-Strasse 177 Ecke Adalbertstr.
Weihnachts-Geschenke
Lange Damen-Uhrketten, Herren-Uhrketten von 2 M. an.
Boutons, Broschen, Perlen, Halsteifen, Verlobungsringe, reichlich geschnitten 900, 1 Dutzend 10 M., 2 Dutzend 20 M.
Kessel, Silberwaren vom billigsten bis feinsten Genre.
Neben Gegenstand ist mit deutlich lesbarem Preise ausgezeichnet. [28823]
Pelzwaren-Lager
von Carl Renz
Berlin SO., 3. Oranien-Strasse 3.
Hüte. Reelle Bedienung. Schirme.
Billig! Staunend Billig!
Oftener Winterpaletots, Jacketanzüge, Rockanzüge, Ledersoppen, Beinkleider, sowie Monatsanzüge, Paletots, fast neu; auch für torpente Figuren passend. 27022*
J. Wand, Prinzenstr. 17, an der Wasserthorstrasse.

Weihnachts-Prämie

für
die Abonnenten des „Vorwärts“.
Wir liefern
zum Vorzugspreise von 3 Mark:
Hauff's illustrierte Werke in zwei Prachtbänden.
Ebenso liefern wir unseren Abonnenten das neu erschienene herrliche Kunstblatt in Kupfergravüre:
Die Freiheit führt das Volk an
(nach dem Gemälde von E. Delacroix, 95/72 Ctm. groß)
zum Vorzugspreise von 5 Mark.
Ferner:
Portraits von Marx und Engels.
Zwei Kunstblätter in Kupfer-Radierung (Größe 85/65 Ctm.)
zum Vorzugspreise von 5,— Mk. statt 8,— Mk.
Die Partei-Expedition:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Engels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. — SO.: Paul Böhm, Kaufingerplatz 14/15 (Neben). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, part. im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 41/42. — Gesundbrunnen: Hermann Raschke, Grünhaldenstr. 65. — Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Rosenthaler-Allee 95/96. — Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenheimerstr. 1, Ecke Goethestr. v. L. — Wilmersdorf: W. Ridel, Ullandstraße 109, partier. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. — Rixdorf: Ostermann, Gefstraße 6. — Schöneberg: Wld. Baumier, Apffel Paulstr. 13, Quergeb. Hochp. — Köpenick: Friedrich Wold, Grünstraße 29. Neu-Weissensee: D. Bachmann, Leberstr. 1.

Begründung des Geschäfts 1878.
M. Schulmeister
en gros Schneidemeister en detail
Dresdenerstr. 4, Hauptstraße 143,
am Kottbuser Thor, Schöneberg.
Herbst- u. Winter-Paletots in Stoffen, Cheviot und Krimmer von 16,50—42 M.
Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.
Gehrock-Anzüge von M. 27 an | Jünglings-Anzüge von M. 12 an
Rock-Anzüge 23 | Knaben-Anzüge 3
Jackett-Anzüge 15 | Winter-Joppen 5
Beinkleider 5 | Knaben-Joppen, einzelne Hosen.
Schlafrocke 8,50 | Berufskleidung f. jed. Gewerbe.
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
Streng reelle Bedienung.

Neujahrs-Karten.
Humoristische Postkarten, a 100 Stück 35, 45, 60, 80 Pf. Große Auswahl in Jahreskalendern 1902. Kollektionen für Straßenhändler. (15 Stück zum 10 Pf. Verkauf. Gratulationskarten, Sortimente in großartiger Zusammenstellung, enthaltend: 100 Stück Karten, Preis per Sortiment 2,50, 4,00, 6,00 ufm. S. & G. Saulsohn, Berlin C. 25, Kaiser Wilhelmstr. 19 a. 30048*

Franz Reinfeldt, Uhrmacher,
Gr. Frankfurterstr. 105.
empfiehlt sein Lager in Uhren und Goldwaren. 2933*

Zum Weihnachtsfeste
empfiehlt das Korb- und Kinderwagen-Magazin von
A. W. Schulz, Berlin N., 95 Brunnenstr. 95,
vis-a-vis dem Humboldthain, am Bahnhof Gesundbrunnen,
sein vorzüglich reich sortiertes Lager in:
Kinderwagen, Puppenwagen, Sport-, Kastan-, Leiter- und Ziegenbockwagen, Kindertischen und Stühlen, Knaben-Fahrrädern, Triumphstühlen, Kinder-Schreibpulten, Blumentischen, Papierkörben etc. [2907L*]
Großes Lager in eisernen Bettstellen für Erwachsene u. Kinder, Polsterbetten. Preise aussergewöhnlich billig. Fernsprecher: Amt III, 1767.

Hüte Pelz-Waaren
Chapeau clasque . . von 7,50.
Cylinderhüte . . . von 4,00.
Flizhüte von 1,50.
nur eigenes Fabrikat.
Schirme grösstes Lager.
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,
Ecke Skaltzerstrasse.

Köpenicker Gesellschaftshaus
Carl Seidel, Köpenick, Grünauerstraße 31.
Empfehle meine Restauration mit großem Saal und Garten, Regalbahn und Kaffeekeise bei Ausflügen auf dem Wege nach Grünau. — Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 2385*

Kufekes
BESTE NAHRUNG FÜR
gesunde & darmlranke Kinder
Kindermehl

Lange
15 Mk. Damenketten
massiv Gold gestempelt; dieselben mit geschmackvollem Schieber 18 Mark.
Geor. 1866, **Aug. Klinzing,** Berlin C., Gertraudenstr. 23, vis-à-vis der Petrikirche.
Goldschmiedemstr. u. Juwelier. **Kein Laden.**

Verband der Vergolder
Fällale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vergolder
Adolf Fitting
im Alter von 21 Jahren an der Proletarierkrankheit verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des St. Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
August Fechner
am Mittwoch, den 18. d. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Beerdigungshalle der Bartholomäus-Gemeinde, Falkenberger-Allee in Weihensee aus statt. 132/17
Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.
Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter 26836
August Fechner
am 18. d. M. im Alter von 60 Jahren verstorben ist.
Seine Kollegen werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 2 Uhr, auf dem Kirchhofe der St. Bartholomäus-Gemeinde in Falkenberg von der Beerdigungshalle aus statt.
Die Kollegen der Piano-fabrik von J. Pfeiffer.

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten, sowie den Vertretern des 2. Bezirkswahlkreises, dem Verein der Berliner u. Um. sagen herzgl. Dank für die Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben unvergesslichen Frau **Die Hinterbliebenen.**
Wilhelm Präfert. 26815
Dankagung.
Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meiner innigstgeliebten Frau sage allen meinen Verwandten und Bekannten, sowie meinen Kollegen meinen tiefgefühlten Dank. 26788
Hermann Weich nebst Kindern.
Dankagung.
Sage hiermit allen Verwandten, Genossen, Freunden und Bekannten für die zahlreiche Beteiligung und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Ernst Fleischfresser
insbesondere dem Gesangsverein Nord-west, den Genossen des 566. Bezirks des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises sowie den Kollegen der Tischler von Köpenick meinen besten Dank. Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Hüte
muß man beim Hutmacher kaufen.
Größere Auswahl und billigere Preise wie in Warenhäusern und Bazaren.
Größte Garantie für fehlerfreie Ware selbst in den billigsten Qualitäten.
Hautschaden der Cylinder und feste Filzhüte für empfindliche Köpfe sofort mit der Maschine (Conformateur).
Reparaturen an den von mir gefassten Hüten äußerst billig. Kleine Reparaturen gratis in eigener Werkstatt.
Steife u. weiche Filzhüte v. M. 1,90 an
Echte Velourhüte 7,30
Imit. Velourhüte 3,50
Cylinder 4,30
Chapeaux clasques 7,70
M. Radtke, Hutmachermeister,
Berlin O., kein Laden.
Krautstr. 50, Eingang vom Pfarr.
Jeder Käufer erhält eine reizende Wandtafel mit Adresskalender gratis.

Teppiche
Prachtstücke a 3,75, 5, 8, 10—300 M.
Dreis Gelegenheitskäufe in Teppich, Gardinen, Vorhängen, Möbelstoffen, Tischdecken zc.
Pracht-Katalog mit ca. 450 Abbildungen,
sowie **Extra-Liste**
besonderer Gelegenheits-Angebote für **Weihnachts-Verkauf**
gratis und franco.

Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Heute und Montag bis 10 Uhr abends, Sonntag und Dienstag bis 8 Uhr geöffnet.
Musik-Werke mit auswechselbaren Notenscheiben, geringe Teilzahlung.
J. Kurzberg,
Landsbergerstr. 13, part. 26582*

Wichtig f. Cigarrenfabrik.
Heute, 21. Dezember, vorm. 11 Uhr, werde ich aus einer Dreibriefe die bei der Berliner Expeditions-Verein, H. G. (vorm. Bartz & Co.), Kaiserstraße 39-41 lagernden **7 Ballen Rohstabe** M. C. Mocco h. f., Troitzjack B/C E 3 Vorstand-Gewächs und Kenejan A/B S 1, ebenfalls Vorstand-Gewächs, öffentlich meistbietend versteigern. 26845
F. Cavello, Kaufm. u. Taxator, Invalidenstr. 145.

Patentanwalt Dammann,
Horitzplatz 57.
Kunstst. bis abends neun. [7672*]

15 Mk. Damenketten
massiv Gold gestempelt; dieselben mit geschmackvollem Schieber 18 Mark.
Geor. 1866, **Aug. Klinzing,** Berlin C., Gertraudenstr. 23, vis-à-vis der Petrikirche.
Goldschmiedemstr. u. Juwelier. **Kein Laden.**
Verantwortliches Redacteur: Carl Zeit in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Wadding in Berlin.

Vor Satans Thron im Pergamon-Museum.

Des Grafen Villow Prophezeiung vom Siege der Engel und dem Unterliegen des Bösen steht unter einem üblen Vorzeichen, denn in der frommen Reichshauptstadt Berlin, die der christlichen Gotteshäuser so viele, aber immer noch nicht genug hat, ist neuerdings auf Betreiben höchster Staatsbehörden Satans Thron triumphierend wieder aufgerichtet worden und wird seit gestern von zahlreichen Scharen andächtiger Verehrter bewundert. Als nichts Geringeres stellt sich nämlich die Hauptanziehung des seit dem heutigen Tage allgemein zugänglichen neuen Pergamon-Museums hinter der Nationalgalerie dar, wosfern wir dem biblischen Schriftsteller Glauben schenken, der sich im 2. Kapitel der Offenbarung Johannis" also über das verruchte Teufelswerk ausläßt: „Und den Engel der Gemeinde zu Pergamon schreibe: Dieses spricht, der das zweischneidige, scharfe Schwert hält. Ich kenne deine Werke, und daß du wohnst, wo Satans Thron ist, und hältst fest an meinem Namen und hast den Glauben an mich nicht verlernt, auch in den Tagen, als Antipas, mein treuer Zeuge, getötet wurde bei euch, wo der Satan seinen Wohnsitz hat.“ Das weit in alle Lande hinaussehende Prachtwerk des großen Zeusaltars auf der ragenden Burghöhe von Pergamon, der kleinasiatischen Griechenschicht gegenüber der Insel Lesbos, ungefähr gleich weit entfernt von Troja und Smyrna, dieser schimmernde Marmorbau mit seinen Darstellungen der ganzen heidnischen Götterwelt und seinen phantastischen Niesengestalten, die zum Teil in Schlangenteiler auslaufen, galt der heiligen Eufant der ersten Christen als die verführerische Stätte, wo der Göttergötter lebhaft hauste. Solch ein höllischer Spuk konnte vor den Augen der Christen, als sie erst selber zur Herrschaft gelangt waren, begreiflicherweise nicht viel Gnade finden, und so würde uns davon nicht viel mehr geblieben sein, als die kümmerlichen Reste, die sich im Schutt der pergamonischen Ruinen hier und da gefunden haben, wenn nicht ein glücklicher Umstand erhebliche Teile von Satans Thron vor der Zerstörung geschützt hätte. Gegen das Ende des ersten nachchristlichen Jahrtausends benötigten nämlich die derzeitigen byzantinischen Machthaber von Pergamon massenhafte Baumaterialien zu einer Festungsmauer, die den andringenden Muselmännern wehren sollte, und da ihnen irgend welche Pietät gegen die künstlerische Hinterlassenschaft ihrer Vorfahren völlig abging, so fügten sie ganz ungeniert an die Reste, vor allem auch des Zeusaltars und seiner Bildwerke, in das Gemäuer ein, wo

sie dem ein weiteres Jahrtausend vor dem nagenden Zahn der Zeit und dem Bandlächeln der Menschen geschützt waren. So haben denn die von der preussischen Regierung in den Jahren 1878 bis 1886 unter der Leitung von Humann, Bohn und anderen vorgenommenen Ausgrabungen in Pergamon zumal von dem Reliefschmuck des großen, gegen 180 vor Christi angelegten Zeusaltars so stattliche Trümmer zu Tage gefördert, daß es möglich war, aus den scheinbar zusammenhanglosen Stücken den ursprünglichen Aufbau des Ganzen systematisch wiederherzustellen. Dazu bedurfte es des mühsamen Zusehens der zahllosen, größeren und kleineren Stüde: einer ungemein schwierigen Arbeit, die von dem Fleiß der Conze, Fuchs und Wilmfeldt in Zeit von zwanzig Jahren mit volstem Erfolge bewältigt worden ist. Das prächtige Ergebnis bewundern wir jetzt im Pergamon-Museum, das vor allem von dem Zeusaltar, dessen Fragmente früher im alten Museum verstreut waren, ohne einen machtvollen Eindruck hervorzurufen, dem Beschauer einen imposanten Abglanz ehemaliger Herrlichkeit vor die Seele zaubert. Im großen Mittelsaal ist der Luterbau des Altars, der eine Länge von rund 38 Meter, eine Breite von beinahe 35 Meter hatte, in den ursprünglichen Dimensionen nachgebildet worden, um daran den rund 120 Meter langen und über 2 Meter hohen, fortlaufenden Streifen der antiken Reliefs anbringen zu können. Nur die Freitreppe, die zum Oberbau und zum eigentlichen Brandaltar emporführte, und die im Original 25 Meter breit war, ist aus Raumrücksichten zusammengezogen worden, wodurch dann freilich die Nachbildung bei weitem nicht den überwältigenden Eindruck des ursprünglichen Bauwerks weckt. Von der jonischen Säulenhalle des Oberbaues ist nur die Vorderseite nachgebildet; es genügt das aber: denn nachdem man die Front auf sich hat wirken lassen, wird man alsbald gefesselt von dem Glanzfeld des Altars, von dem Gigantenfries, das den Mittelpunkt des Interesses darstellt. Dessen Betrachtung beginnt man zweifellos an der rechten Treppentwange der Ostseite, umwandelt die Säule, sodann die Ost- und die Nordseite und endigt bei der linken Treppentwange. In einer Reihe von Einzelszenen läßt dies Reliefband vor dem Auge den Entscheidungskampf zwischen Göttern und Giganten vorbeiziehen. Die Giganten (Niesen) waren Kinder der Erde und vermählten sich, der griechischen Sage zufolge, den Göttern auf dem Berg Olympus von den phlegäischen Gefilden in Thessalien aus zu erlösen. Zu dem Zweck führten sie den Pelion auf den Ossa, wurden aber bezwungen von der gemeinsamen Abwehr der sämtlichen himmlischen Götter. Alle Götter des Olymps, des gesicherten Himmels, des Meeres und der Unterwelt nahmen an dem Kampf teil unter Führung des Göttervaters Zeus, der mit der einen Hand die verderbbringende Aegis schüttelt und mit der anderen die furchtbaren

Donnerkeile schleudert. Sie alle erscheinen also auch an dem Altarfries, soweit ihre Figuren die Jahrhunderte überdauert haben, und ihnen gegenüber die Giganten, teils rein menschliche Gestalten, teils Phantasiegeschöpfe mit Fühlhörnern, Stiernäsen oder — am häufigsten — Weinen, die in Schlangenteiler anlaufen. Unverkennbar ist auf den ersten Blick, daß wir es nicht mit Skulpturen der älteren, klassisch-antiken Zeit der griechischen Kunst, sondern mit Erzeugnissen der hellenistischen Periode zu thun haben. Die „edle Einfachheit und stille Größe“, die Winkelmann für jene charakteristisch findet, geht den Gruppen der pergamonischen Künstler vielfach ab. Und neben allzu gewalttätiger Bewegung fehlt es nicht an übertrieben kraftvoller Ausgestaltung des Körperlichen, dessen Befreiung dagegen manchmal zu wünschen übrig läßt. Der Gesamteindruck der überaus mannigfaltigen, sich nirgendwo wiederholenden und darum nicht eintönigen Gruppen ist aber doch ein solcher, daß man der Bewunderung dieser unübertroffenen Kunst voll ist und sie in sich wieder lebendig werden fühlt, jene bunte Götterwelt Griechenlands, von der Schiller singt:

„Eure Tempel lachten gleich Palästen,
Euch verherrlichte das Feldenspiel
An des Isthmus kronenreichen Festen,
Und die Wagen donneterten zum Ziel.
Schön geschlungene, seelenvolle Tänze
Kreisten um den prangenden Altar,
Eure Schläfe schmückten Siegeskranze,
Kronen euer duftend Haar...“

Bis einem das störende Dröhnen der allzu nahe vorbeitollenden Stadtbahnzüge den Träumen entreizt und in die Gegenwart zurückruft. Wie werfen noch einen flüchtigen Blick auf die übrigen Teile der Sammlung: da ist vor allem das Telephosfries, mit dem die Rückwand der jonischen Säulenhalle des Altars einstmalig geschmückt war, und auch, was sonst an Ausgrabungen von Pergamon, von Priene und Magnesia in bunter Fülle sich aufgestellt findet, ist andächtig Betrachtung wohl wert. Aber, um sie ruhig zu genießen, fehlt uns die nötige Sammlung: der Zeusaltar mit seinem Gigantenfries läßt bei erstmaliger Betrachtung keine anderen Eindrücke neben sich aufkommen. So verlassen wir das in Form eines griechischen Tempels gehaltene Gebäude, das in seiner vornehmen Einfachheit vorteilhaft absteht vor dem barbarischen Pomp, wie er sonst bei unsen öffentlichen Gebäuden neuerdings Mode geworden ist. Tadeln möchte man freilich, daß das Glasdach allzu niedrig auf dem Zeusaltar ruht, wodurch dieser etwas gedrückt erscheint. Aber man hält gern mit solchen Aufstellungen zurück, wenn man sich sattgesehen hat an Satans Thron.

Schlafröcke. 30.-, 24.-, 15.-, 12.-, 8 Mk. 50
Winter-Joppen. Warm gefüttert. Herren-Größe. 18.-, 15.-, 12.-, 10.-, 6 Mk.
Pelz-Joppen. Durchweg mit Pelzfutter. 45.-, 36.-, 33.-, 27.-, 25 Mk.

Winter-Paletots. 60.-, 40.-, 30.-, 21.-, 15.-, 8 Mk. 50
Winter-Hosen. Velour, Buckskin, Kammgarn usw. 15.-, 10.-, 8.-, 6.-, 3 Mk. 50
Knaben-Mäntel. Enorm reichhaltige Sortimente. 8.-, 4.-, 3.-. Soweit Vorrat. 2 Mk.

Baer Sohn

Chausseestr. 24a/25 | 11 Brückenstr. 11 | Gr. Frankfurterstr. 20
 zwischen Invalidenstrasse und Friedrich-Wilhelmstädtischem Theater. | zwisch. Jannowitz-Brücke und Köpnickstrasse (Ecke Rungestrasse). | Ecke Koppenstrasse (Am Bürger-Hospital).

Die 18te Preisliste 1901/1902 wird kostenlos und portofrei zugesandt. | Sonntags sind unsere 3 Kaufhäuser bis Abends 8 Uhr geöffnet.

Ausschneiden! **Ausschneiden!**
 Weit billiger als jedes andere Hutgeschäft! Grösstes Sortiment dieser Branche!
 Eleg. weicher oder steifer Herrenhut von 1,80 Mk. an
 „ Chapeaux Claques von 7,50 Mk. an
 „ echter Velour-Hut von 7,00 Mk. an
 „ Wiener Haar-Filz von 5,00 Mk. an
 Neu! Halbhaacher steifer do. von 2,80 Mk. an
 Neu! Marengo-Farben do. von 2,50 Mk. an
 Bei Vorzeigung dieses Ausschnitts gewähre 4 Prozent. | Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet.
Alvin Sussmann, Hut-Engros, Holzmarktstrasse 38 parterre.

Versuchen Sie einmal
 während 8 Tagen eine Büchse
 des nahrhaften und wohlschmeckenden
**van Houtens
 Cacao**
 Die Erfahrung hat gelehrt, dass diese Marke
 unübertroffen ist als tägliches Getränk für den
 Frühstückstisch.
 — 1/2 Kilo genügt für 100 Tassen. —

Wer Oswald Niers Weine regelmäßig trinkt,
 sich selbst frohe Laune und starke Gesundheit bringt! Weil
 kräftig, antirheumatisch! deshalb das billigste und ge-
 sundeste Nationalgetränk! Von M. 1.— pro ein ganzes
 Liter an! Illustr. Preis-Kat. gratis, franco.
 Seit 1878: Hauptgeschäft Berlin.
Zu den herannahenden Feiertagen!
 Meine diesjährigen Glückwünsche für das geehrte
 Publikum bestehen darin, dass ich
 vom 15. Dezember d. J. bis incl. 2. Januar 1902
 in allen meinen eignen Geschäften bei jedem Einkauf oder
 Konsum in meinen Weinstuben von nur M. 1.— an
15 % sage „Fünfzehn pro Cent“
 in Rabattbons vergüte, welche Rabattbons in allen meinen
 Geschäften sowie bei allen durch meine Plakate kenntlichen
 zahlreichen Annahmestellen sofort als bares Geld in Zahlung
 genommen werden!
 Man benutze also die Gelegenheit, sich an meinem kräftigenden,
 wirklich ungegypsten Wein zu erquicken und
kaufe und trinke nur bei Oswald Nier.
 Vom 15. Dezember d. J. bis incl. 2. Januar 1902:
Fünfzehn Prozent Extra-Rabatt!!

Hermann Howe & Co.
 Berlin No., Gr. Frankfurterstr. 39
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager aller Instrumente. Musikwerke, selbst-
 spielend und zum Ziehen, in allen Preislagen. — Beste Gitarren: Rither
 Nr. 12.— — Geigen von M. 150.— — Harmonikas von 3,25.—
 Geigen mit Rosen und Bogen von M. 10.— — Mundharmonikas,
 Trommeln, Glöckchen usw. in nur bester Qualität. 28410
 Signe-Fabrikation und Reparatur-Werkstätte.

G. R. Zöffel
 en détail **Schirmfabrik** en gros
BERLIN
 Gegründet 1873. Tel.: Amt VIIa, 8010.
 1.: NO., Gr. Frankfurterstr. 106.
 Schirme, Stöcke, sowie Herren-
 Artikel, Hüte, Handschuhe.
 2.: N9., Landsbergerstr. 83.
 Schirme. — Stöcke.
 3.: O., Grüner Weg 39.
 Schirme. — Stöcke.
 4.: C., Gertraudenstr. 10/12.
 Schirme. — Stöcke.

Jede Uhr 
 zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens
 nur 1 Mk. 50 Pf., außer Bruch, kleine Reparaturen billiger.
 Großes Lager in Uhren, Goldwaren und Ketten, silberne Cylinder,
 Remontoirs: 10 Steine, von 12—30 Rtl., goldene Damen-Remontoirs von
 20—100 Rtl., lange Damen-Uhrketten (Fischerkette) von 3—100 Rtl.,
 Goldene Ketten nach Gewicht, Dukaten-Traininge, 900 gelbmet,
 1 1/2 Dukaten 15,50 Rtl., 2 Dukaten 20,50 Rtl. Sämtliche Waren unter
 schriftlicher Garantie. 28570
E. Stolz, Chausseestr. 78.

In Berlin wird van Houtens Cacao tassenweise ausgeschenkt
 in van Houtens Cacao-Stube, Werderschestr. 7, in
 der Nähe von Gerson.

